Die Bolschewiki und die Zarenschulden

Wie die „Times“ aus Paris melden, besteht in Pariser amtlichen Kreisen der Eindruck, daß die Sowjet-Union jetzt so stark die Notwendigkeit von Handelskrediten verspüre, daß sie mehr als bisher zu wirklichen Verhandlungen über die Frage der Schuldenzahlung für die erledigte zaristische Regierung bereit ist.

Tschitscherin hat bei seinem Aufenthalt in Paris mit Briand eine Aussprache gehabt, in der er in Aussicht stellte, daß die jetzige russische Regierung **die Schulden der zaristischen Regierung an Frankreich zu 30 Prozent des Goldwertes zurückzuzahlen bereit wäre.**

Die „Nep“-Politik hat den russischen Staatskapitalismus mit seiner Staatsbank und seinem Außenhandelsmonopol immer mehr dazu gebracht, die Hilfe der internationalen Hochfinanz beim Verkauf seiner Rohstoffe in kapitalistischen Ländern in Anspruch zu nehmen (z. B. 100 Millionen-Kredit von Deutschland) und dadurch nachgiebig zu werden. Das russische Proletariat wird also mit seinem Arbeitsschweiß in Zukunft jährlich **Hunderte von Millionen Goldrubel aufbringen müssen**, um den internationalen Großkapitalisten einen einträglichen Profit zu sichern. Ob die russischen Proletarier in der RKP. schon darüber nachgedacht haben?

Zur Lage in China

General Feng weilt fern von Peking in Moskau, um sich dort neu zu orientieren.

Marschall Tschangtsolin hat an den provisorischen Präsidenten Tuanshiui ein Telegramm gerichtet, in dem er damit droht, die Unabhängigkeit der Mandschurei von der Souveränität Pekings zu erklären, wenn das Kabinett Hsushiying auch nur die geringste Neigung zu bolschewistischen Praktiken zeige.

Nach einer weiteren Meldung aus Peking ziehen sich die Truppen des Generals Suenlin, der kürzlich von Tschangtsolin geschlagen wurde, zurück. Die Stellung der nationalen Armee ist durch die Truppenbewegung bedroht. Der Präsident der Republik hat daher beschlossen, in Peking zu bleiben.

Schanghai soll von Tschangtsolin eingenommen worden sein.

•

Der chinesische Finanzminister ist wegen Erschöpfung des Staatsschatzes zurückgetreten. Der Dienst der chinesischen Obligationen, die auf den verpfändeten Einnahmen beruhen, ist in keiner Weise gefährdet.

WTB. Tokio, 22. Januar. Die Zeitung „Alsahi“ veröffentlicht ein Telegramm aus Dalni, wonach Tschangtsolin die Verhaftung des **Sowjetdirektors** der ostchinesischen Eisenbahn, **Iwanow**, angeordnet habe. Ein Telegramm aus Charbin besagt, daß die Lage sich verschlimmert habe. Tschangs Truppen bereiten sich vor, sich in Charbin zu konzentrieren.

Darnach scheint sich der Konflikt zwischen dem von Japan unterstützten General Tschang und der Sowjetunion schärfer zuzuspitzen.

Wirtschaft

Betriebsdemokratie in England

Die englische Arbeiterschaft ist in den letzten Jahren zusehends radikalisiert. Die Bourgeoisie mußte während des Krieges mehr Zugeständnisse machen, als die Lebenshaltungskosten stiegen. So kam es, daß die englische Arbeiterschaft mit Kriegsende als die Bestbezahlte Europas dastand — auch an der Kaufkraft des Geldes bemessen. Der für die Konkurrenzfähigkeit des englischen Kapitals notwendige Abbau der Löhne hat manches böse Blut gemacht und manchen Streik ausgelöst.

Trotz alles Lohnabbaues steht die englische Arbeiterschaft immer noch an der Spitze der europäischen Löhne. Ein Mittel, der durch die Lohnkürzungen wachsenden Radikalisierung vorzubeugen resp. diese einzudämmen und zurückzuschrauben, war die „Arbeiterregierung“. Obwohl die regierenden Arbeiterführer ihr möglichstes dazu taten, ist es ihnen nicht gelungen, die „Ruhe und Ordnung“ herzustellen, die dem englischen Kapital dienlich ist, um auf dem Weltmarkt Schmutzkonkurrenz zu treiben. Eher ließe sich das Gegenteil feststellen. Die englischen Arbeiter sahen, daß die „Arbeiterregierung“ sie ebenso mit Streikbrechern, mit Polizei und Militär, mit der ganzen Staatsmacht bekämpfte. Oft ist es während und nach dem passiert, daß sie den Gewerkschaften den Gehorsam versagten. Ein deutlicher Zug der Radikalisierung ist in der englischen Arbeiterschaft wahrzunehmen. Der Nährstoff sprießt aus den Lohnkürzungen, zu denen die Gewerkschaften dem Kapital stets willig die Hand bieten.

Das geeignetste Mittel, aus der Arbeiterschaft das meiste bei niedrigen Löhnen herauszupressen, scheint dem englischen Kapital jetzt die Betriebsdemokratie. Einer der ärgsten Ausbeuter und größten Scharfmacher, Col. Willey, Führer im Reichsverband der englischen Industrie, redet einer Beteiligung der Arbeiter am Reingewinn des Betriebes das Wort. Der Plan (der viel Anklang gefunden hat) läßt sich ungefähr so skizzieren, daß die Arbeiter außer ihrem Standard-Lohn einen Anteil vom Reingewinn erhalten sollen, nachdem auf das Aktienkapital eine bestimmte Mindestdividende ausgeschüttet worden ist. Dieser Anteil sollen die Arbeiter entweder in bar oder, noch besser, als Guthaben auf einer Bank erhalten. Die Arbeiter sollen dadurch selbst, in ihrer Gesamtheit, anlagesuchendes Kapital repräsentieren, ohne sich kapitalsmäßig am eigenen Unternehmen interessieren zu brauchen. „Denn hierbei läuft der Arbeiter Gefahr, bei Konjunkturkrisen nicht nur seine Stellung, sondern schließlich damit auch seine Ersparnisse zu verlieren.“

Wie besorgt doch die Industriellen um ihre Sklaven sind. Sie wollen sogar dafür sorgen, daß nicht etwa böse Unternehmer das Geld der Arbeiter mit in den Bankrott ziehen. Ob wohl die fortwährenden Lohnkürzungen nur deshalb erfolgen, daß sich die Arbeiter nicht den Magen verderben?

Es kommt nämlich auf dasselbe hinaus, ob die Arbeiter ihre „Ersparnisse“ im „eigenen“ Betriebe anlegen, oder ob dies in anderen Betrieben erfolgt. Das Geld bleibt stets in den Händen der Industrie und beutet als werbendes Kapital die Arbeiter aus. Der Effekt für die Industriellen ist der, daß die Arbeiter „Interesse an der Arbeit“ bekommen. Die „Arbeiterdividende“ wird doch erst verteilt von dem, was übrig bleibt, nachdem die Aktionäre ihre „Mindestdividende“ erhalten haben. Der Geschäftsabschluß erfolgt aber stets erst ein halbes Jahr und später nach dem Ende des Jahres. Wer nun einmal „Geld im Betriebe“ hat, läuft nicht weg, denn dann geht die „Dividende“ oder wenigstens doch die Hoffnung darauf, flöten. Und wenn die Dividende bekanntgegeben wird, oder auch die Mitteilung, daß es keine gibt, daß nicht genügend gearbeitet wurde, steht schon immer wieder Dividende oder die Hoffnung auf solche seit 1 — 1½ Jahre in den Büchern des Unternehmers. Schließlich werden auch Sklaventreiber erspart und die Proletarier peitschen sich gegenseitig an, daß nicht „einer auf Kosten des anderen faulenzt“.

Ein feines Plänchen, daß sich die englischen Kapitalisten, die „guten“ versteht sich, da ausgeknobelt haben. Es kommt darauf an, wie sich die englischen Gewerkschaften dazu stellen werden. Die deutschen Gewerkschaften haben diese Pläne (wozu auch die Kleinaktie gehört) stets abgelehnt. Sie fürchteten, daß die Arbeiter dabei kapitalistischer würden als die Kapitalisten, und das die Gewerkschaften dadurch überflüssig würden, weil die Arbeiter keine Lohnforderungen mehr stellen, sondern hauptsächlich für Dividende arbeiten werden. D. h. die Gewerkschaften fürchteten, daß sich die Arbeiter selbst verraten und verschachern. Statt sich hierzu in den Gewerkschaften zu organisieren.

Kleiner Wirtschaftskurier

Eine Statistik der im letzten Jahre durch Dillon, Read und Co. bewirkten Neufinanzierungen ergibt für das Jahr 1925 eine Summe von insgesamt 6867 Millionen Dollars, was gegen das Vorjahr eine Zunahme um 500 Millionen Dollars ausmacht. In dieser Ziffer sind für 1925 ausländische Finanzierungen in Höhe von 1261 Millionen Dollars gegen 1248 Millionen Dollars für 1924 enthalten.

•

Mr. Eldridge von der Europa-Abteilung des amerikanischen Handelsministeriums kritisierte das Kartellwesen in Deutschland. Zurzeit beständen in Deutschland 2000 industrielle Kartelle, die die Produktion von Exportgütern durch Rabattgewährung oder erleichterten Bezug von Rohstoffen unterstützten. Hinzu komme die Förderung, welche die Bestrebungen zur Eroberung der Auslandsmärkte durch die Politik einer höheren Preisstellung im Inlandsgeschäft erführe.

•

„Popolo di Roma“ berichtet aus New-York, daß dort mehrere Privatanleihen für Italien im Gesamtbetrage von über 100 Millionen Dollar vor dem Abschluß stehen, darunter eine 40-Millionen-Dollar-Anleihe für Rom und mehrere für die Ausnutzung der italienischen Wasserkräfte.

•

Badische Städte haben durch Vermittlung der badischen Girozentrale und des Mannheimer Bankhauses Marx und Goldschmidt in Amerika eine 7 proz. Gemeinschaftsanleihe von 4,5 Mill. Dollar aufgenommen.

•

Die Sächsische Landespfandbriefanstalt hat eine amerikanische Anleihe abgeschlossen, deren erste Serie von 5 Mill. Dollar am 15. d. M. in New York aufgelegt und sofort gezeichnet wurde. Die Anleihe wird mit 7 Prozent verzinst da sie aber zu 93 Prozent verkauft wurde, kommen 8 Prozent Zinsen heraus.

•

Die französische Inflation hat einen gesteigerten Export zur Folge gehabt. Der Export Frankreichs stieg in den ersten 11 Monaten des Jahres 1925 gegenüber derselben Zeit in 1924 von 37,3 Milliarden um 3,4 Milliarden auf 40,7 Milliarden Francs (etwa reichlich 6 Milliarden Reichsmark).

•

Die **Welteisenproduktion** betrug im Jahre 1925 ca. 75 Millionen Tonnen gegenüber 67 Millionen Tonnen 1924 und 77 Millionen 1913. Die **Weltstahlproduktion** betrug im selben Zeitraum 89 Millionen Tonnen gegen 77 Millionen 1924 und 75 Millionen 1913. 47 Prozent der Welteisenproduktion und 54 Prozent der Weltstahlproduktion lieferten die Vereinigten Staaten von Amerika.

•

Die Wirtschaftslage in Danzig ist ebenso wie in Deutschland alles andere als rosig. Der Danziger Senat hat am 1. Januar beschlossen, eine Staatsgarantie in Höhe von 50 Millionen Gulden (40 Millionen Reichsmark) für eine Auslandsanleihe im selben Betrage zu übernehmen, die die Danziger Industrie (2), die Landwirtschaft (20) und die Gemeinde-Verbände (10) aufnehmen wollen. Auch die Finanzen des Danziger Staates stehen nicht besonders günstig. Das kommt u. a. darin zum Ausdruck, daß die pensionierten Beamten ihre Pension 14-tägig ausgezahlt erhalten, da der Staat außerordentlich knapp mit Geldmitteln ist.

Betriebsstillegungen und Arbeitslosigkeit.

Berlin. Die C. P. Goerz A.-G., Friedenau, hat einige hundert Arbeiter entlassen. Der Rest, ebenfalls noch einige hundert, soll evtl. ebenfalls entlassen und der Betrieb still gelegt werden.

Stettin. Die bekannte Filzwarenfabrik Ehrmann in Greifenhagen in Pommern hat die letzten hundert Arbeiter wegen Absatzmangel entlassen. Der Betrieb ruht.

Die bisher gut beschäftigte Faßholzfabrik Schröder u. Co. in Kallies in Pommern, hat aus Mangel an Aufträgen 60 Arbeiter entlassen.

Dortmund. Das Eisenwerk Phönix, Hörde, legte einen weiteren Hochofen still. Es wurden 125 Arbeiter entlassen.

Zwickau. Die Zwickauer Maschinen-A.-G. in Zwickau hat infolge des Mangels an Aufträgen ihre Belegschaft auf rund 500 Mann reduziert.

•

Auch die Hamburger Arbeitslosenziffer steigt weiter. Seit der Vorwoche hat sich die Ziffer der Arbeitslosen in Hamburg wiederum um fast 5000, von 46 700 auf 51 082 vermehrt. Um der ständig steigenden Not zu begegnen, ist in der Bürgerschaft erneut beantragt worden, 500 000 Mark dem Wohlfahrtsamte zur Verfügung zu stellen.

Zusammenbrüche.

Die Howaldwerke, Schiffbau und Maschinenfabrik in Kiel, haben bei einem Aktienkapital von 6,3 Millionen Mark 3,75 Millionen Mark Verlust. Der Verlust stammt aus den in Arbeit befindlichen Neubauten, die zum größten Teil von den Auftraggebern schon bezahlt sind. Bis zur Fertigstellung rechnet man einen weiteren Verlust von 3 Millionen Mark. Der Betrieb kann nicht stillgelegt werden, weil die Werft die Verpflichtung hat, sie fertigzustellen. Es scheint sich um Aufträge aus dem Auslande zu handeln, weshalb die „öffentliche Hand“, d. h. der Staat eingreifen wird, um das „Deutschtum“ nicht zu blamieren.

Die Walter Kellner AG., ein Konzern hat 1 300 000 Mark Schulden auf den Betrieb und weitere 2 173 000 Mark Hypothekenschulden auf die Gebäude, die nur 500 000 Mark wert sind! Es fehlt das Geld die Bücher prüfen zu lassen was auf 2000 Mark geschätzt wird. Deshalb bleibt der Dreck liegen wie er ist.

Bei dem Kaufhaus Hermann Engel in Berlin, daß zu Beginn des neuen Jahres unter Geschäftsaufsicht gestellt wurde, werden 1,2 Millionen Mark Schulden festgestellt. Das Warenlager ist verpfändet.

Der Vareler Bankverein, Varel a. Jade, wurde unter Geschäftsaufsicht gestellt.

Der Gummikrieg

WTB. Paris, 19. Januar. Wie die Agentur Indo Pacific aus Tokio berichtet, haben die Amerikaner Verhandlungen wegen Ankaufs von **Kautschukpflanzungen in Java** im malaischen Archipel und auf den Inseln des Stillen Ozeans eingeleitet. Im Handelsausschuß des Repräsentantenhauses erklärte Handelssekretär Hoover, das amerikanische Volk sei entsprechend den nationalen Erfordernissen auf einem gutem Weg zur Lösung der Gummifrage ohne die Hilfe der Regierung. Hoover sagte, die von der neu gegründeten „Amerikan Motor and Rubber Company“ eingeleitete Aktion, welche bestimmte Projekte in Ceylon, Niederländisch-Indien und auf den Philippinen ins Auge fasse, werde die notwendige Hilfe bringen. Hoover sprach ferner von dem 50-Millionen-Dollar-Projekt der Gummireifenindustrie und bekundete, daß die Regierung gegen direkte Darlehen von amerikanischen Banken an die am britischen Gummimonopol und an der brasilianischen Kaffeeindustrie interessierten Kreise sich ausgesprochen habe.

Gummi wird immer mehr zu einem Weltfaktor, dessen Rohstoffquellen jede der imperialistischen Mächte sich sichern will. Wir werden diese Vorgänge demnächst ausführlicher in einem Artikel beleuchten.

Mitteilungen

Zur Karikatur: „Zwei Seelen und ein Gedanke — Volksentscheid ist Kohl“

Nachstehend veröffentlichen wir den bereits in Nr. 6 der „KAZ“ angekündigten Brief, der uns vom Genossen Fichtmann zu der erwähnten Angelegenheit (Volksentscheid ist Kohl) und der Karikatur in der „Roten Fahne“ zugesandt wurde, weil wir, trotzdem Genosse Fichtmann nicht Mitglied unserer Organisation ist, keinen Grund haben, ihn mundtot zu machen. D. Redak.

Der „Roten Fahne“ vom 16. Januar 1926 habe ich folgendes zu erwidern: Für mich gilt auch der Satz: „Wenn zwei dasselbe tun, ist es noch nicht dasselbe!“ Nachdem das KPD.-Mitglied Ruth Fischer seine Herrscherrolle auf Befehl des Ekkibriefes aufgeben mußte und jetzt in zärtlicher parteigenössischer Umarmung von ihrem Parteifreunde Sinowjew gefangen gehalten wird, zieht ein „neuer Kurs“ der 3. Internationale und ihrer Trabanten durch alle Länder. Bei uns in Deutschland wirkt sich dieser neue Kurs in besonders krassen Formen aus. Die KPD. will den Befähigungsnachweis erbringen, daß sie regierungsfähig und reformistisch genug ist, auf der breiten Basis mit der SPD. und den Gewerkschaften durch die Arbeiter- und Bauernregierung der heutigen kapitalistischen Gesellschaft zu Hilfe zu kommen und so die Arbeiter in „Ruhe und Ordnung“ zu belügen und zu betrügen. So leistet sich die KPD. jetzt in der Arbeitslosenfrage alle die abgespielten Walzen von Brandler, die damals schon als Hirngespinst irregewordener KPdisten sich erwiesen haben. Da nun die alten Walzen nicht mehr zugkräftig genug sind, ist eine neue aufgezogen worden und diese heißt: „Volksentscheid“.

Arbeiter! Proletarier! In welcher Zeitepoche leben wir? Leben wir in einem Rechts- oder Gewaltstaat? Seht die politischen Urteile für rechts und links, den Magdeburger und den Münchener Prozeß, so werdet ihr finden, daß Macht vor Recht geht. Ihr wißt, daß die Bourgeoisie durch die Parteien und Gewerkschaften der 2. und 3. Internationale gestärkt worden ist und somit durch die Reaktion in allen Ländern Kraftproben an dem ungeeinten und leider durch die parlamentarischen Parteien zerrissenen Proletarier mit Leichtigkeit ausgeübt werden. Ich, der ich für die Vereinigung der Klasse kämpfe, kann diese Trabanten der 2. und 3. Internationale tagtäglich in den Versammlungen wie in der Presse sehen und feststellen, mit welcher schamlosen Verlogenheit und gemeingefährlichem Terror gegen anders denkende Proletarier vorgegangen wird. Einige Beispiele aus letzter Zeit.

In eine SPD.-Versammlung komme ich nicht hinein. Da wird mir von den Funktionären dieser Parteirichtung erklärt: „Fichtmann du bist ein Lump, ein bezahlter Spitzel! Wovon lebst Du?“ Ein anderer sagt: „Du bist ein Stänker, ein Spaltpilz, deshalb kommst Du nicht hinein in die Versammlung!“ Schon scharen sich die Reichsbanner- und die Parteiarmbindenmänner um mich und drängen mich hinaus. Am anderen Tage ist in der Presse zu lesen: „In voller Ruhe und Ordnung ist die Versammlung verlaufen, denn es hatten sich keine Gegner gemeldet.“

In der KPD. sind die Leiter der Versammlungen noch viel gerissener; sie haben von ihren großen Führern den Jesuitismus gelernt und wollen auch tolerant erscheinen. Deshalb machen sie meistens Protest oder Demonstration. Findet aber eine öffentliche Versammlung statt, so hat man sich gut gerüstet. Der „Roher Faustkämpferbund“ (im Volksmund genannt) ist bei jeder Versammlung vollzählig zur Stelle, außerdem befinden sich immer die verschiedenen Stufen der Referenten und Diskussionsredner im Saale, je nach Bedarf. Meldet sich nun ein Gegner der KPD. zum Wort, so setzt ein ohrenbetäubendes Geheul ein. Wenn dann ein Diskussionsredner mit „Sowjet“rußland nicht einverstanden ist und gar die glorreiche „Sowjet“regierung und 3. Internationale kritisiert oder glossiert, dann gibt es nur noch eins: her mit sämtlichen anwesenden Dauerrednern der KPD., die sich auf die Bühne bemühen. Der „Rohe Faustkämpferbund“ nimmt Kampfstellungen ein, mit einem Wort, es herrscht ein Tohuwabohu. Der Referent des Abends, als Oberbonze bittet um Ruhe. Nach längerem Klingeln tritt Ruhe ein. Nun setzt es schwere Schläge auf das Haupt des armen Delinquenten, der es wagte, eine eigene politische Meinung öffentlich bekannt zu geben und dafür zu werben. Am andern Tage steht dann wieder in der KPD.-Presse: die Versammlung ist in voller Ruhe und Ordnung“ mit einstimmiger Annahme der vorgelegten Resolution durchgeführt worden. So war ich auch in den Andreassälen zur KPD.-Versammlung. Thema: „Volksentscheid“. Referent war der sich als große „Kanone“ fühlende Remmle. Dieser Herr Remmle, der selbst weiß, was ein Volksentscheid bedeutet, welchen Wert diese papierene Kundgebung bei unseren Haupt- und Nebenregierungen, wie wir sie heute haben, hat, entblödet sich nicht, dem Proletariat dieses als „revolutionären Auftakt“ zu servieren. Als ich dann als Diskussionsredner dieses Hirn- und Lügengewebe vor den Augen des Proletariats zerriß, und diese Illusionspolitik nackt und bloß hinstellte, wagte es dieser Herr Remmele in seinem Schlußwort zu sagen:

„Wenn wir an die Macht kommen, dann werden Fichtmann und seine Freunde an die Wand gestellt, wie in Sowjetrußland.“

Ich habe mit keinem Wort erwähnt, daß ich den Fürsten das Milliardengeschenk gönne, sondern ich bin dafür, daß sämtliche Fürsten enteignet werden, die Kapital-, Land- und Industriefürsten. Nicht Teil- und Scheinkämpfe in dieser Gesellschaftsordnung, nicht nur Enteignung der Ex-Fürsten, sondern revolutionärer Klassenkampf mit der Parole:

Fort mit der Profitwirtschaft! Einführung der Bedarfswirtschaft!

Das ist der einzig mögliche Kampf zur Enteignung sämtlicher Fürsten.

Groß-Berlin

Achtung! Genossen!

Zu der am Donnerstag, den 28. Januar 1926, abends 7,30 Uhr, stattfindenden öffentlichen Versammlung sind sämtliche Partei- und Unionsgenossen verpflichtet zu erscheinen!

Der Arbeitsausschuß.

•

II. Unterbezirk.

Freitag, den 29. Januar, abends 7,30 Uhr, Mitgliederversammlung im Lokal Oehlschläger, Berlichingenstr. 5. Referat: **Psychoanalyse und Marxismus.** Erscheinen aller Genossen ist Pflicht.

•

5. Unterbezirk (Friedrichshain). Freitag, den 29. Januar, abends 7,30 Uhr, Mitglieder-Versammlung im Lokal Gessart, Graudenzer Straße 3. — Referat: Gestatten die Naturgesetze den Kommunismus? — Sympathisierende sind einzuladen. — Die Genossen müssen vollzählig erscheinen.

Mittwoch, den 27. Januar, abends 7,30 Uhr, öffentlicher Gruppenabend in Lichtenberg, Heim, Dossestraße 22. Tagesordnung: **Fürstenabfindung, Volksentscheid u. unsere Stellung.**

Kommunistische Arbeiter-Jugend.

Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich: Otto Schernell-Berlin. Gedruckt in der Buchdruckerei Willy Iszdonat, Berlin O 17, Langestr. 79.

7. Jahrg. Nr. 8

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Preis 15 Pf.

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbezirk Berlin-Brandenburg

Die Zeitung erscheint zweimal wöchentlich. — Zu beziehen durch die Bezirks-Organisationen der Partei und im Straßenhandel. — Inserate werden nicht aufgenommen.

Januar 1926

Alle Zahlungen auf Postscheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 490 29 (Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin O 17, Warschauer Straße 49)

Bezugspreis: Bei Bezug unter Streifband durch die Post: Halbmonatlich die im Kopf der Zeitung angegebenen Preise. Zahlung bis 5. beziehungsweise 20. jeden Monats.

Keine Illusionen!

Volksentscheid und Erwerbslosigkeit — Nur die Tat kann Rettung bringen!

Wenn die Gewerkschaften und die parlamentarischen Arbeiterparteien auf den Plan treten, ist Gefahr im Verzuge, droht dem Proletariat ein neuer Schlag, soll es erneut seinem Todfeinde, dem Kapital und seinen Trabanten gefesselt ausgeliefert werden. **„Volksentscheid zur entschädigungslosen Enteignung der Ex-Fürsten“** heißt die neuste Parole der Orgesch-Gewerkschaften, der Barmat-Sozialdemokratie und der deutschen Sektion der III. Internationale, der KPD. Unter dem Vorsitz der verräterischen Gewerkschaftsbürokraten ist ein gemeinsamer Antrag auf Zulassung des Volksbegehrens mit den Unterschriften der Vertreter der SPD., der KPD. und des (bürgerlich-demokratischen) Ausschusses für den Volksentscheid, auf Grund des Artikels 153 der Verfassung, beim Reichsministerium des Innern der zweiten Luther-Regierung durch Müller, Wels und Thälmann in trautem Verein überreicht worden. Bezeichnenderweise enthält dieser Antrag am Schlusse den Satz: **„Die beteiligten Organisationen werden die Aktion jede für sich selbständig führen“.** — Gewerkschaften und SPD. haben sich also für alle Fälle freie Hand vorbehalten.

Während die „Rote Fahne“ in ihren letzten Nummern großsprecherisch von Massenversammlungen und Massenkundgebungen für die Einheitsfront beim Volksentscheid berichtet, alle KPD.-Mitglieder, Rote Frontkämpfer, Rote Sportler usw. als „Sprachrohr aller Werktätigen“ zur Bildung von „Einheitskomitees“ mit der barmatisierten Noske-Sozialdemokratie aufruft, sieht die sozialdemokratische und bürgerliche Presse diese Dinge viel nüchterner und kritischer an. So schreibt z. B. der Demokrat v. Gerlach in der „Welt am Montag“ vom 25. Januar folgendes über diesen Theaterdonner der „entschädigungslosen“ Enteignung durch Volksentscheid“:

> „Man erzähle mir nichts von der fabelhaften „Stimmung“ in allen Volksschichten für die Enteignung der Fürsten. **Stimmung ist noch lange nicht Stimmabgabe.** Wer mit anderen als benannten Ziffern rechnet, ist ein Reiter auf dem Regenbogen.
>
> Die Parole **„entschädigungslos!“** bringt die **Bauern und Katholiken in Front** gegen den Volksentscheid. Sie wird ausgemünzt werden als Parole **gegen das Privateigentum** überhaupt.“

Auch das „Berliner Tageblatt“ vom Montag, den 25. Januar stellt fest, daß bei der Stellungnahme des Reichsbanners von den drei Reichsbannerparteien zwei, nämlich Zentrum und Demokraten, gegen den Volksentscheid sind. Eine gleiche Erklärung, die aber weit offenherziger klingt, findet sich in der „Vossischen Zeitung“ von Montag Abend (25. Januar), in der es heißt, daß die demokratische Partei ihren Antrag im Reichstag auf reichsgesetzliche Regelung der Fürstenabfindung (der Antrag der Mittelparteien als Gegenstück zum Volksentscheid) nur gestellt hat, **„um der gefährlichen Gärung der Volksmassen ein Ventil zu schaffen!“**

Bei Licht besehen, wird hiermit die Wahrheit rücksichtslos und deutlich ausgesprochen. Die Sozialpatrioten sind noch nicht in die Koalition hineingenommen worden und benutzen geschickt die Gelegenheit der großen Erregung der Massen über die Ansprüche der Ex-Fürsten, um durch einen außerparlamentarischen Druck mit dem Prunkstück der demokratischen (bürgerlichen) Verfassung sich eine Position für die große Koalition zu schaffen. In einer Zeit, in der allein in Berlin eine Viertelmillion arbeitslose Proletarier hungern und in Rheinland-Westfalen ebensoviel, sind die wirtschaftlichen Schwierigkeiten außerordentlich groß, und können selbst mit der Verteilung von etwa 500 Millionen enteigneter Fürstengelder an Erwerbslose, Inflationsopfer, Kriegsbeschädigte, Sozial- und Kleinrentner, Landarbeiter und Kleinbauern nicht dauernd behoben werden. Das Ablenkungsmannöver der Volksentscheid-Propaganda kommt da gerade zur rechten Zeit, um diese parlamentarischen und reformistischen „Arbeiter“-Parteien und Gewerkschaften aus einer verhängnisvollen Lage zu retten, die Lösung der schwierigen wirtschaftlichen Fragen für eine Weile in den Hintergrund treten zu lassen.

Darin liegt die gefährliche, von der KPD. am lautesten propagierte Täuschung der gesamten Arbeiterklasse, die rein nationale und proletarische Interessen auf eine Linie bringt und mit parlamentarischen Mitteln und Abstimmungen Gimpelfängerei im Parlament organisiert.

Proletarier! Wenn ihr diese falsche Weichenstellung im Klassenkampf, dieses tote Gleis, auf das euer Klassenkampf gelenkt werden soll, nicht rechtzeitig erkennt, werdet ihr wieder einmal allein die Opfer dieser demokratischen Illusionen werden und mit eurer schärferen und drückenderen Versklavung und Unterjochung die Kosten dafür zahlen müssen. **Laßt euch nicht verwirren durch bürgerliche Verfassungsmannöver!** Die Demokratische Republik mit ihrem ganzen Schwarm von 3000 Parlamentariern, ihrer Noske-Sozialdemokratie im Bunde mit den Handlangern und Lakaien der Gewerkschaftsbürokratie und der „leninisierten“ KPD. ist euer Feind. Ihr könnt euch nur dadurch retten, daß ihr die **revolutionäre Klassenfront** schafft, um den Kampf als Klasse mit euren revolutionären Räteorganen, gestärkt und gestützt auf eure revolutionäre Klassenerfahrung und Klassenerkenntnis, aufzunehmen um die politische Macht, um die Produktion, um die Diktatur des Proletariats, um euer Vaterland, das soweit reicht, soweit die revolutionäre Macht des Proletariats reichen wird.

Kommunistische Arbeiter-Partei, Allgem. Arbeiter-Union Ortsgruppen Groß-Berlin.

Donnerstag, den 28. Januar 1926, abends 7,30 Uhr,

Große öffentliche Versammlung

in den Pharus-Sälen, Müllerstraße 142.

Thema:

Erwerbslosenelend — 50 Prozent Zulage! Was weiter?

Proletarier! Klassengenossen! Erscheint in Massen.

•

Achtung! Genossen!

Zu der am Donnerstag, den 28. Januar 1926, abends 7,30 Uhr, stattfindenden öffentlichen Versammlung sind sämtliche Partei- und Unionsgenossen verpflichtet zu erscheinen!

Der Arbeitsausschuß.

Oeffentliche Gründungs-Versammlung

der Kommunistischen Arbeiter-Jugend

Donnerstag, den 28. Januar, abends 7 Uhr, in **Charlottenburg**, Lokal Jakob, Galvanistraße 7.

Thema: **Jugend und Klassenkampf!**

Alle jungen und erwachsenen revolutionären Arbeiter Charlottenburgs sind eingeladen. Die Parteigenossen fordern wir auf, ihre schulentlassenen Kinder in die Versammlung zu schicken. Außerdem fordern wir alle proletarischen Jugendorganisationen auf, ihre Vertreter zu entsenden.

Kommunistische Arbeiter-Jugend, Gruppe Charlottenburg.

Achtung! Zeitungs-Obleute!

Am Sonnabend, den 30. Januar, ist der Endabrechnungstermin für die Karten von der Januar-Feier. Alle bis zu diesem Tage nicht abgerechneten Karten sind voll zu bezahlen.

Der Arbeits-Ausschuß.

Zum 14. Parteitag der KPR. (Bolschewiki)

Der 14. Parteitag der Bolschewiki, der unlängst zu Ende ging, hat mehr Interesse geweckt, als den Veranstaltern lieb war. Die bürgerliche Presse würdigt diesen Parteitag in langen Betrachtungen. Die Sozialdemokratie glaubt anläßlich der dort gepflogenen Debatten ihre kapitalistische Demokratie anpreisen zu können. Die Presse der einzelnen Sektionen der 3. Internationale durfte berichten — offiziell, wie ihr vorgeschrieben — darf aber zu den dort aufgeworfenen Problemen nicht Stellung nehmen. Denn das Zentralkomitee der KPR. hat in einem Briefe an alle Bruderparteien kundgetan, daß „eine Diskussion nicht erwünscht“ sei. Dieser Meinung schloß sich auch die Exekutive der 3. Internationale an. Das ist mehr, als selbst wir erwartet haben. Angesichts dessen, daß auf diesem Parteitage Probleme angeschnitten wurden, die, weil sie nicht länger zu umgehen waren, die Verhältnisse Rußlands blitzartig beleuchten, ist das Verbot jeder Diskussion darüber gleichbedeutend mit einer Katastrophe, und die Exekutive der 3. Internationale ist mindestens so päpstlich als der leibhaftige Papst selbst. Die Anhänger Moskaus dürfen also über alles reden, — was ihnen erlaubt wird. Ueber das, was sie doch nicht verstehen, reden die Oberleninisten. Eine beißendere Satire über den vielgepriesenen Leninismus ist wohl schlecht möglich.

In Referat und Koreferat wurde dort — und zwar standen sich Mitglieder des Zentralkomitees gegenüber — gestritten darüber, was tatsächlich an Kommunismus vorhanden wäre. Nach Abzählen all der verschiedenen Wirtschaftssysteme: Bauernwirtschaft, Privatwirtschaft, Konzessionswirtschaft usw. vertrat Stalin den Standpunkt, daß die Industrie, weil staatlich, auch „sozialistisch“ sei. Von Kommunismus war garnicht mehr die Rede. Er hatte aber sehr starke Widersacher. Man sagte ihm, daß man es doch blos halblang machen solle. So führte der bis dahin amtierende Volkskommissar für Finanzen Sokolnikow aus:

> „Drei Fragen beschäftigen uns: Der Reifegrad der sozialistischen Elemente in unserer Wirtschaft; aus einer verschiedenen Einschätzung dieses Reifegrades der sozialistischen Elemente ergeben sich verschiedene praktische Linien in Wirtschaft und Politik. Die zweite Frage: Welche Entwicklung in den Beziehungen zwischen Stadt und Land bedingt die fortschreitende Zersetzung im Dorf. Daß diese Zersetzung vorhanden ist, leugnet schon niemand mehr. Die dritte Frage: Wie gestalten sich die Beziehungen zwischen der Sowjetwirtschaft und dem auswärtigen Markt?
>
> Um festzustellen, mit welchen Elementen wir es in unserer Wirtschaft zu tun haben, darf man sich nicht damit begnügen, nur auf die Industrie anzuspielen. Wir haben neben der Industrie das Gebiet der Staatswirtschaft, die sich keineswegs mit dem Begriff Industrie deckt, wir haben daneben Eisenbahnen, den auswärtigen Handel, den inneren Handel, das Kreditsystem usw. Und nun frage ich Sie: **Werden etwa in dem Augenblick, wo die Eisenbahnen, die unter dem Zaren Staatsunternehmungen waren, in die Hand der neuen Regierungsgewalt, der Arbeiterregierung übergehen, diese in der Sache schon sozialistisch organisierte Wirtschaftsbetriebe? Nein!** Vorhanden sind nur, wie bereits Lenin schreibt, Bedingungen für die Entwicklung des Sozialismus. **Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß bei uns nicht eine Fabrik, augenblicklich im vollsten Sinne des Wortes, sozialistisch organisiert genannt werden kann.** Gibt es bei uns etwa Unternehmungen, die schon vollkommen sozialistisch sind? **Nein,** auch in der Industrie nicht. Unser auswärtiger Handel wird in der Form eines staatskapitalistischen Unternehmens geführt. Unsere inländischen Handelsgesellschaften sind ebenfalls **staatskapitalistische** Unternehmungen. Auch die **Staatsbank** ist ebenfalls ein staatskapitalistisches Unternehmen. Unser **Geldsystem** ist auf der Grundlage aufgebaut, daß innerhalb der Sowjetwirtschaft unter den Bedingungen eines sozialistischen Aufbaues ein Geldsystem aufgebaut ist, das **von Prinzipien der kapitalistischen Oekonomie durchdrungen ist.**“

Neben dieser Auffassung, die sehr schlecht mit dem Bericht der „Ersten deutschen Arbeiterdelegation“ zu vereinbaren ist, war eine andere abweichende vorhanden in der Agrarpolitik. Das „Bündnis mit dem Mittelbauern“ wurde als die neueste revolutionäre Losung festgelegt. Die Lage ist ganz

klar: Die Regierung (ob die Bolschewiki oder eine andere) spiegelt eben in ihren Reden und Taten die Kräfte wieder, auf die sie sich stützen muß, um sich überhaupt halten zu können. Zugestandenermaßen und nach den Zahlen, die Stalin nannte, sind in Rußland **insgesamt** 5½ Millionen Lohnarbeiter vorhanden, davon 1,2 Millionen Landarbeiter, und 715 000 Arbeitslose. Das „Bündnis mit den Mittelbauern" bedeutet das Bündnis mit den ökonomisch ausschlaggebenden Schichten des Bauerntums. Die Unterstützung der Mittelbauern, die alle Großbauern werden wollen, bedeutet die Sanktionierung der Herrschaft der Mittelbauern über die Landarbeiter und Kleinbauern. Das Gerede von dem „Kulak" (Großbauer) soll wohl nur den Zweck haben, einen maskierten „Feind" aufzustellen, um dieser Politik im Sinne des Proletariats einen Schein von Sinn zu geben, denn es ist nicht ersichtlich, wo die Grenze zwischen Mittelbauern und Kulack liegt. Es ist jedem Kinde klar, daß angesichts solcher Zahlen: 130 Millionen Menschen insgesamt, davon 5 Millionen Proletarier, die — prozentuell gesehen furchtbar unter der Geißel der Arbeitslosigkeit leiden, — und eine Million Landarbeiter über die weiten Flächen Rußlands zerstreut liegen, von Kommunismus gar keine Rede sein kann. Aber es ist immerhin sehr bedeutsam, daß auf diesem Parteitage die Dinge so offen aufgedeckt werden mußten. Angesichts dieser Sachlage erscheint die Politik der KPD. und auch der übrigen Sektionen, sowohl, wie schon erwähnt, die Berichte der „Arbeiterdelegationen" in einem Lichte, das klar zeigt, daß hier eine geistige und politische Korruption von größtem Ausmaß vorliegt.

Stalin fuhr gegen seine Widersacher mit dem denkbar schwersten Geschütz auf, mit einem Geschütz, daß für alle eine glatte Alternative war. Sowohl im Referat selbst als auch in der politischen Resolution des Parteitages wird „festgestellt", daß die Industrie „sozialistisch", jede andere Meinung „Unglaube am Sozialismus" sei. Die Resolution besagt wörtlich: „Derartige Tendenzen, die das bewußte Verhalten der Massen zum Aufbau des Sozialismus im allgemeinen, und zum Aufbau der sozialistischen Industrie im besonderen unmöglich machen, sind lediglich dazu geeignet, das Wachsen der sozialistischen Elemente in der Wirtschaft zu hemmen, und den Kampf des Privatkapitals gegen dieselben zu erleichtern." Wer also für die offizielle Politik der Regierung ist, der ist „rot", alles andere ist „weiß". Es wird festgelegt, was „sozialistisch" ist, und das ist dann eben „sozialistisch". Punkt!

Man muß sich natürlich darüber im klaren sein, daß die „Opposition", die von Sinowjew, Kamenew, Sokolnikow usw. vertreten wurde, nur eine Widerspiegelung des Klassenkampfes in Rußland selbst ist. Die Bolschewiki sind zu klug, um so lange zu warten, bis sich die Klassenkampf-Idee unter dem Proletariat organisatorisch formt, wenn auch illegal, und dann zum Ausdruck kommt. Deshalb ist Sinowjew nur insofern als Vertreter der Opposition der Leningrader Arbeiter anzusehen, als der Fuchs sich für geeignet hält, die Dinge, die in den Köpfen der Arbeiter bereits nach Formulierungen drängen, selbst auszusprechen, um sie in die Mühle des „Leninismus" zu befördern, aus der sie dann als reiner „Sozialismus" abgeholt werden können. Und Stalin hat gut gemahlen. Wer nach diesem Parteitag noch nicht begreift, der ist eben bösartig. Man hat zur Vorsorge noch beschlossen, Kurse einzurichten, in denen die Wissenschaft des Leninismus noch besonders kleingekaut werden soll, damit sie auch der Dümmste versteht. Und weil man eben die Proletarier in anderen Ländern für zu einfältig hält, sich durchzufinden, deswegen sandte man einen Brief, in dem man alle angeschnittenen Fragen „behandelte", „Irrtümer" aufklärte, und dann aussprach, daß das wohl genüge. Eine Debatte darüber läge nicht im Sinne des Leninismus.

Ueber die Bedeutung, die den einzelnen Absägungen zukommen, kann man verschiedener Meinung sein. Es ist ganz charakteristisch, daß Sinowjew weiter Mitglied des Zentralkomitees ist, während Kamenew und Sokolnikow ihres Postens enthoben wurden. Es kann nicht bezweifelt werden, daß die Debatten auf dem Parteitage aus der Schwierigkeit entspringen, das Proletariat auf die Dauer an das reaktionäre Bauerntum zu ketten, ihnen ihre Schufterei, ihre Entbehrungen, ihre Arbeitslosigkeit unter streng kapitalistischen Grundsätzen als im Sinne des Sozialismus gelegen aufzuschwätzen. Deshalb gehören diese Art von Parteitagen eben zu dem neuen Kurs der Bolschewiki, der nun bald nicht mehr neu, sondern eben die alte sozialdemokratische Koalitionspolitik im alten neuen Gewande, unter etwas anderen Verhältnissen, aber doch dieselbe im Prinzip ist. Die russischen Arbeiter von den Fesseln ihrer Klassenfeinde befreien und sie wieder einzureihen in die Armee des revolutionären internationalen Proletariats, das kann nur die proletarische Revolution und ihr Kampf gegen jede Form Arbeitsgemeinschaft und Lohnsklaverei. Wenn irgend etwas geeignet ist, die Richtigkeit der Auffassung der KAPD. und AAU. aufs neue zu beweisen, so ist es der 14. Parteitag der Bolschewiki.

Politische Rundschau

Dittmanns „Erzählungen"

Die USPD. stand in der Revolution auf der Seite des Kaisers.

Die „Enthüllungen Dittmanns" sind für die revolutionären Proletarier, die auch schon während des Krieges die Situation zwischen den Führern der parlamentarischen Arbeiterparteien und den Gewerkschaften einerseits und der Bourgeoisie und der Offizierskamarilla anderseits einigermaßen erkannten, Selbstverständlichkeiten. Von dieser Erkenntnis getrieben, versuchten wir beim Zusammenbruch des Kaisertums die Proletarier im Spartakusbund als einer antiparlamentarischen und antigewerkschaftlichen, d. h. antigesetzlichen revolutionären kommunistischen Arbeiterpartei politisch zusammenzufassen; ebenso die Belegschaften der Betriebe zu Betriebsorganisationen, zu einer einzigen Union über das gesamte deutsche Wirtschaftsgebiet, um die Arbeiter der Fesseln und der Beeinflussung der Führerorganisationen zu entledigen.

Die SPD. hat vor der gesamten proletarischen Oeffentlichkeit im Ebert-Prozeß in Magdeburg und im Dolchstoßprozeß in München einwandfrei nachgewiesen, daß sie während des Krieges auf der Seite des Kaisers und der Generale stand, daß sie alle Kraft gegen die Revolution einsetzte und daß sie nach Ausbruch der Revolution gegen das revolutionäre Proletariat kämpfte, um die Bourgeoisie und Militaristen wieder in den Sattel zu heben.

Die USP. hatte bis zum heutigen Tage in den Augen vieler Proletarier noch einen revolutionären Nimbus, weil in ihren Reihen tatsächlich eine große Anzahl revolutionärer Proletarier für die Revolution kämpften. Daß die USP. als Organisation selbst mit den revolutionären Bestrebungen nichts zu tun hatte, ja, daß die USP. ebenso wie die SPD. auf Seiten des Kaisers und des Kapitalismus stand, daß hat Herr Dittmann jetzt ebenfalls klipp und klar bewiesen.

Ueber die Vorgänge auf der Flotte, über die Marinemeuterei von 1917, war bisher nur durch die Mitteilungen des Reichskanzlers Michaelis und des Staatssekretärs Capelle am 9. Oktober 1917 im Reichstage sowie durch die Zeugenaussage des früheren Kriegsgerichtsrats Dobring im Münchener Dolchstoß-Prozeß Teilmaterial bekannt geworden. Im Auftrage des Vierten Unterausschusses des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses des Reichstages hat Herr Dittmann als früherer Führer der Unabhängigen, von rechtsradikalen Fanatikern fälschlich selbst der Anstiftung der Meuterei bezichtigt, das gesamte Aktenmaterial durchgearbeitet: die Akten von 47 Schiffsprozessen, 13 Aktenbände des Reichsmarineamts, 14 Aktenbände des Reichsgerichts, insgesamt 25 000 Aktenseiten. Dittmann hat am 22. Janaar vor dem Ausschuß seinen Bericht begonnen.

Die Bewegung auf der Flotte ging aus von Klagen über die schlechte und ungerechte Mannschaftsverpflegung. Die Mißstimmung und Unzufriedenheit der Mannschaften kam zum erstenmal zu einem äußerlich sichtbaren Ausdruck durch den sogenannten Hungerstreik auf „Prinzregent Luitpold" am 6. Juni 1917. Am 4. oder 5. Juli kam es zu einem ähnlichen Vorfall auf dem Flaggschiff „Friedrich der Große".

Etwas später, etwa Mitte Juli, sind auf dem Schiff „Posen" die Backschaften, d. h. die kleinsten Körperschaften der einzelnen Tische, geschlossen zum Oberingenieur gekommen und haben ihm erklärt, sie wollten keine Mairüben haben, weil die Leute sie doch nicht essen wollten; die Rüben waren tags vorher schlecht gewesen.

Auf „Prinzregent Luitpold" hat ein zweiter Hungerstreik am 19. Juli stattgefunden. Die Backschaften holten das Essen nicht ab und erklärten, sie äßen keine Steckrüben. Als es dann Dörrkohl gab, haben sie gegessen. In dem später über diesen Vorfall erstatteten Bericht tritt der Kommandant Hornhardt dafür ein, die Brotration um wenigstens 100 Gramm zu erhöhen — was aber nicht geschah.

Am Nachmittag des 20. Juli fand der Ausmarsch von der „Pillau" statt, d. h. es entfernten sich ohne Erlaubnis vom Schiff „Pillau", das in der Werft lag, etwa 140 Mann und kehrten erst bei Beendigung der Dienstzeit des Tages zurück. Urlaubsverweigerung war der Grund dieses Ausmarsches.

In diese Harmlosigkeiten fuhr der „echt preußische Geist": Urlaubsentziehungen, Strafwachen, Chikane aller Art, Arrest. Als Demonstration gegen die Bestrafung ihrer Kameraden verließen am 2. August früh 7 Uhr etwa 400 Mann der Besatzung das in der Werft liegende Schiff und zogen nach Rüsterfiel in eine Wirtschaft, wurden aber nach einigen Stunden ohne Anwendung von Gewalt zurückgeholt.

Nach den Akten sind von Kriegsbeginn bis Ende 1917 bei der Marine folgende Strafen verhängt worden: 10 Todesurteile, von denen zwei vollstreckt sind, 181 Jahre Zuchthaus und 180 Jahre Gefängnis. Die Freiheitsstrafen gingen bis zu 10 und 15 Jahren.

Ein Matrose schrieb aus dem Zuchthaus — wie vor dem Untersuchungsausschuß festgestellt wird —, daß das Essen im Zuchthaus besser war als auf den Schiffen! — Und die Behandlung war sicher keine andere. Auf der einen Seite Hunger, schweren Dienst, Bedrückung, Sklaverei, auf der anderen Freß- und Saufgelage, brutale Gemeinheiten der entmenschten „Erstklassigen der Nation". Wenn es etwas zu wundern gibt aus diesen schwimmenden Marinekerkern, so höchstens darüber, daß sich die zehntausende „Gemeine" von kleinen Cliquen verrohter Bourgeoisjünglinge so lange treten und drangsalieren ließen.

Für die geknechteten Marinesklaven war die USP. die revolutionäre Partei, die Erlösung von dem Massenmord, Frieden und Freiheit verhieß. Das Wirken der kleinen Spartakusgruppen im organisatorischen Rahmen der USP. war die Ursache, daß die ganze USP., samt Parlamentariern und anderen Bonzen als revolutionär angesehen wurden. In den Ortsgruppen zu Lande wieder benutzte die USP., der Apparat die Bonzenclique des Zentralkomitees die Marinemeutereien wie den aktiven Kampf der Spartakusgruppen gegen den Krieg als revolutionäres Aushängeschild zum Massenfang.

Das verbrecherische Treiben der USP. während des Krieges stellt selbst die Schurkereien der SPD. in den Schatten.

Während Gewerkschaften und SPD. offen für den Militarismus warben, ihm die Gewerkschaftskassen in den Rachen warfen und jeden in den Schützengraben und ins Zuchthaus denunzierten, der sich gegen den Krieg auflehnte, schwenkte die USP. mit dem roten Lappen und zeterte mit nichtssagenden Phrasen in der Oeffentlichkeit, mit geheimnisvollen Andeutungen und Geflunker von Waffen und Gewalt in den Zahlabenden gegen den Krieg. Und die Partei selbst, die Besitzer der Partei, die Nutznießer proletarischer Einfalt waren in schönster Harmonie mit den Henkern und Mördern der leichtgläubigen Mitglieder.

„Der Kampf der USP. war ein politischer Kampf und hatte mit militärischer Sabotage nichts gemein, weder mit Deserteurpropaganda noch mit Meutereien von Heeres- und Marineangehörigen",

sagt Dittmann im Ausschuß, und ein Zitat aus einer Rede Haases gegen die Kriegskredite gibt er so wieder:

„Das alles hindert uns nicht und wird uns nicht hindern, unsere staatsbürgerlichen Pflichten zu erfüllen, zu den Waffen zu gehen, wenn wir gerufen werden: Denn unsere Bereitschaft zur Wehrhaftigkeit hat nichts zu tun mit unserer Abstimmung, unserer sozialistisch-prinzipiellen Stellung zu den Dingen und Problemen."

Also „im Prinzip" war die USP. „sozialistisch", gegen Krieg, Militarismus und Imperialismus, in der Tat dafür. In den Zahlabenden aber wurden diese Reden mit einem verzwickten Augenblinzeln als ganz schlaue Taktik hingestellt um sich eine Tribüne zu schaffen, „zum Volke zu sprechen", damit Partei und Zeitungen nicht verboten würden, damit die Herren Führer, die „revolutionären", nicht in den Schützengraben kämen.

Wir kommen auf die „Enthüllungen Dittmanns" in der nächsten Nummer noch zurück.

Alle arbeitslosen Unions- u. K.A.P.-Genossen treffen sich Montag, 1. Febr., vorm. 10 Uhr auf dem Nachweis, a. d. sie stempeln

Zwischen Scylla und Charybdis*)

Die Demokraten aller Länder schauen scheel über die Grenzen ihrer faschistischen Vaterländer, mit einem Auge nach Ungarn, mit dem andern nach Frankreich, wie jene betrübten Lohgerber, die am Ufer des Flusses saßen und ihre Felle wegschwimmen sahen. Hei, da winkte ein Fressen! Im Hort der „Reaktion", im Lande, das den Embryo des Faschismus ausgebrütet hatte, wo die Mörder von demokratischen Ministern behandelt wurden wie in den Demokratischen Republiken die Exkönige, in diesem Ungarn saßen Ministerpräsidenten, Polizeiminister, Fürsten, Generale und Bischöfe um den Präsidenten des Staates und druckten demokratische Banknoten aller Länder, in der Staatsdruckerei. Das, sollte man meinen, wäre der klipp und klare Beweis, daß nur demokratische, republikanische, sozialdemokratische etceterapepe Jesuiten richtig regieren können und daß ihnen die Ministergehälter und Pensionen in Erbpacht überlassen würden.

Aber das ist nicht so. Daß Ungarn, der Ordnungsstaat selbst, die lumpigen hundert Millionen Banknoten der Demokratien nachgemacht hat, ist höchstens Beweis dafür, daß die Valuta der Republiken sehr gesunken ist. Denn sonst hätte man in Ungarn nur 20 Millionen drucken brauchen. Die demokratischen Ordnungsstützen hatten sehr richtig kalkuliert, daß sich das französische Spießertum sehr aufregen würde, daß ihr Frank, daß ihre Rente, ihre „Valuta" in der Ladenkasse noch um mehrere Prozet entwertet würde. Die Demokraten, die da aus Leibeskräften schreiben: „Haltet den Dieb", hatten aber nicht überlegt, daß die französische Demokratie um keinen Hosenknopf besser ist als sie selbst, daß die regierende französische Bourgeoisie ihr Vermögen in Sachwerten angelegt hat, daß ein bißchen mehr Inflation ganz gut ist, die Löhne zu drücken, daß man in Ungarn dieselben Noten druckt wie in Frankreich, und — daß auch die sich am lautesten gebärdende Demokratie den Faschismus nicht ganz entbehren kann.

Die französische Regierung läßt erklären, sie sei „überzeugt, daß die ungarische Regierung der Fälscheraffäre fernstehe". Dagegen stehe es fest, daß die in die Angelegenheit verwickelten ungarischen Beamten alle Frankreich feindlich gesinnt und Faszisten seien. Auf Grund ihrer Beziehungen zu den offiziellen Behörden sei es den Fälschern ein Leichtes gewesen, sich das nötige Banknotenpapier zu verschaffen. Ihre Tätigkeit sei erleichtert worden durch die Tatsache, daß „die französische Regierung zum Zwecke der finanziellen Hilfeleistung an die befreundeten Staaten Osteuropas zahlreiche Banknoten schickte, die in Polen, in der Tschechoslowakei usw. einen beinahe offiziellen Kurs hatten". Wenn die Fälscher die Noten nicht gleich in solchen Massen hergestellt hätten, daß sie nach Holland, vor den Toren Frankreichs selbst Absatz suchen mußten, so hätte man die Leute noch ruhig etwas drucken lassen. Denn schließlich ist es eine demokratische Tat, was die Horthymänner da trieben. Eine Tat, nichts anderes als was die deutschen Demokraten an Wilhelm und den Wilhelmiten tun, solange die Republik existiert. Die Reaktion, d. h. die monarchistische Reaktion ist da und wird von den Republiken unterstützt der Republik wegen, zum Schutze des Eigentums, um sich eine Garde zu halten gegen etwaige Hungerrebellionen der Proletarier. Die deutsche Demokratie gibt den ehemals regierenden Parasiten auch nicht die Milliarden, um sich selbst zu betrügen, sondern um sich die Leute warm zu halten, für kommende Fälle. Die Gewerkschaften alleine könnten einst von den Proletariern überrannt werden.

Die Erklärung der französischen Regierung bekommt Sinn, wenn man begreift, was in Ungarn los ist. Am klarsten brachte Justizminister Pesthy die Sache zum Ausdruck mit den Worten: „Ich kann doch nicht die ganze ungarische Gesellschaft einsperren lassen?" — Nein das geht nicht. Denn wer sollte dann den Justizminister einsperren?

Zweifellos gehen die französischen Polizisten in Ungarn mit Schneid vor, wenn dies alles auch noch ein bißchen arg aufgebauscht wird, um einige untergeordnete Helfershelfer, Schreiber und gräfliche Diener etc. hinter Schloß und Riegel zu bringen. Auch ihnen wird es nicht schlecht gehen, wo sie so mächtige Gönner haben, die im Versprechen groß sein können, weil sie ihre Noten selbst machen. Und die französischen Agents in Ungarn sind auch nur an Proletariern erprobt, die keine Banknotenfabriken haben. — Daher der Schneid.

Die Welle die bis in Völkerbundssekretariat schlug, die Drohungen mit dem Abbruch der Beziehungen, die „Gefahr für den Frieden Europas", alles wird sich legen, wenn man dem ungarischen Adel die Druckplatten weggenommen hat. Denn mit den ungarischen Monarchisten sind verschwägert und verbrüdert die herrschenden Kapitalsschichten aller Länder. Man kann nicht die „ganze Gesellschaft" einsperren.

Die demokratischen Republiken steuern zwischen monarchistischer Reaktion und Proletariat, zwischen Scylla und Charybdis. Man weiß in Paris, und macht daraus auch kein Hehl, daß die Frankfälschung nur eine Episode in einer großen rechtsradikalen Verschwörung ist, deren Träger in Ungarn, Oesterreich und Deutschland, deren Häupter im bayerischen Monarchistenlager sitzen; Verbindungsmann ist der ungarische Völkerbundsdelegierte Graf Paul Teleki. Graf Bethlen, der mächtigste Mann Ungarns, hat diese Zusammenhänge gar nicht geleugnet und jüngst offen eingestanden: „Ich werde kein Verräter an den Deutschen werden und den Franzosen keine Spionagedienste leisten. Das Zentrum der Verschwörung ist nicht bei uns, sondern in München, und die Frankfälschung nur ein Behelf dieser Verschwörung. Die Demokratie kann also nicht die Monarchisten, die grüne, weiße und schwarze Reichswehr, die Horthy, Mussolini und Ludendorf treten und zugleich das Proletariat. Und schließlich garantieren nicht die Proletarier die Eigentumsordnung, sondern die Falschmünzer.

Die Falschmünzer, nicht nur die ungarische, nicht nur die heimliche, sondern auch die legale, staatliche der gesamten europäischen Demokratien ist die notwendige Folge der berstenden kapitalistischen Produktionsordnung, ihrer verfaulenden Gesellschaftsordnung, ihrer korrupten, sich Kultur nennende Prostitution. Das ganze Schwindelgebäude kann nur vom Proletariat als Klasse, als dem einzigen immer neue sittliche Kraft gebärenden Faktor in den Orkus gestoßen werden. Das Fundament ist der Kapitalismus mit seiner bröckelnden demokratischen Fassade. Nur wenn das Proletariat die Axt ans Fundament legt, werden die Falschmünzer mit ihrer monarchistischen Fahne unter den Trümmern eine Grabstätte finden.

*) Nach einer griechischen Sage, besungen von Homer in der Odyssee, ist die Scylla ein sechsköpfiges Ungeheuer in einer Felsenhöhle an der Meerenge von Messina gegenüber der Charybdis. Die Charybdis ist ein Meeresschlund, der dreimal täglich die Flut im Wirbel einsaugt und wieder hinausschleudert. Die durchfahrenden Schiffe wurden entweder von der Scylla gefressen oder von der Charybdis verschlungen.

Kampf oder Tod!

Inzwischen ist der Gegensatz zwischen Proletariat und Bourgeoisie ein Kampf von Klasse gegen Klasse, ein Kampf, der auf seinen höchsten Ausdruck gebracht, eine vollständige Revolution bedeutet. Braucht man sich übrigens zu wundern, daß eine auf den Klassengegensatz begründete Gesellschaft auf den brutalen Widerspruch hinausläuft, auf den Zusammenstoß Mann gegen Mann als letzte Lösung?

Man sage nicht, daß die gesellschaftliche Bewegung die politische ausschließt. Es gibt keine politische Bewegung, die nicht gleichzeitig auch eine gesellschaftliche wäre.

Nur bei einer Ordnung der Dinge, wo es keine Klassen und keine Klassengegensätze gibt, werden die gesellschaftlichen Evolutionen aufhören politische Revolutionen zu sein. Bis dahin wird am Vorabend jeder allgemeinen Neugestaltung der Gesellschaft das letzte Wort der sozialen Wissenschaft stets lauten:

„Kampf oder Tod, blutiger Krieg oder das Nichts. So ist die Frage unerbittlich gestellt."

(George Sand.)

Karl Marx — „Das Elend der Philosophie".

Zur Lage in China

Der Konflikt zwischen der Sowjet-Union und Tschangtsolin.

Infolge Verhaftung von Sowjetangestellten, darunter der Direktoren der Ostsibirischen Eisenbahn in der Mandschurei, hatte die russische Regierung ein mit drei Tagen befristetes Ultimatum an China gestellt wegen Freilassung dieser Eisenbahnangestellten und Freigabe der Strecke Charbin—Mukden, die durch die Truppen Tschangtsolins besetzt und gesperrt war. Da Japan von Tschangtsolin abrückte und die Zentralregierung diesen reaktionären General dringend um Freilassung des verhafteten Russen ersuchte, hat er schließlich nachgegeben, wie nachstehende Meldung zeigt:

WTB. **Moskau, 25. Januar.** Tschangtsolin ordnete die **Freilassung Iwanows** sowie **sämtlicher anderen Verhafteten** an.

Der russische Generalkonsul in Charbin hat an den Sowjetbotschafter Karachan ein Telegramm gesandt, in welchem er ihm mitteilt, daß Tschangtsolin gestern abend die **Freilassung Iwanows und aller anderen Sowjetbeamten und Arbeiter**, die in Charbin verhaftet worden waren, **angeordnet** habe.

Die „Rote Fahne" stellte fest, daß in diesem Konflikt das chinesische Volk, die Pekinger Regierung und auch alle Bestimmungen der Freundschaftsverträge auf Seiten der Sowjetunion stehen.

Tschitscherin empfing den chinesischen Geschäftsträger Tscheng Yien Chi, der im Auftrage seiner Regierung dem Volkskommissar zur Kenntnis brachte, daß infolge der ihm am 22. Januar gemachten Mitteilung Tschitscherins von der Verhaftung des Verwalters der ostchinesischen Eisenbahn, Iwanow, die chinesische Regierung die strengste Anordnungen zu **sofortiger Freilassung** Iwanows erlassen habe.

Damit ist vorderhand der drohende Konfliktstoff im fernen Osten wohl beseitigt. In England, das diesem chinesischen nationalen Freiheitskampf große Beachtung schenkt, ist man der Auffassung, daß die russischen Streitkräfte um Charbin nicht stark genug sind, um Tschangtsolins Lage ernstlich zu gefährden. Bemerkenswert dagegen ist in diesem Zusammenhang eine Rede des japanischen Außenministers im Parlament in Tokio, in der er bei einem Rückblick auf die chinesischen Kämpfe u. a. ausführte:

„Obwohl wir nicht daran zweifeln, daß Tschangtsolin wie General Kuo bei ihren militärischen Operationen die Rechte Japans voll achten würden, mußten wir doch befürchten, daß die Kriegführenden gegen ihren Willen nach der Eisenbahnzone zu drängen würden. Daher hätte sich die Regierung Mitte Dezember entschlossen, die japanischen Truppen in der Mandschurei auf die normale Stärke zu erhöhen; nach der Wiederherstellung des Friedens, hat sie sie wieder zurückgerufen ... Es ist eine allgemein bekannte Tatsache, daß Japan in der Mandschurei und in der Mongolei wesentliche Rechte und Interessen besitzt. Um diese zu schützen, waren wir gezwungen, die erforderlichen Vorkehrungen zu treffen. **Unsere Beziehungen zur Sowjetunion sind erfreulicherweise auch weiterhin noch in ständiger Entwicklung begriffen.** Der erfolgreiche Abschluß der Verträge über die Oel- und Kohlenkonzessionen in Nordsachalin sind ein Beweis dafür, daß die **Gefühle guter Nachbarschaft beide Völker in gleicher Weise beseelen.** Gerüchte, die der Sowjetunion gewisse Angriffsabsichten in der nördlichen Mandschurei vorwerfen, sind nach meinen Informationen nicht glaubhaft. Seit der offiziellen Wiederaufnahme der Beziehungen zwischen der Sowjetunion und Japan seit einem Jahre haben wir mit der Sowjetregierung in ständiger inniger Verbindung gestanden und von Zeit zu Zeit alle Fragen im offenen Meinungsaustausch besprochen."

Rußland versucht also, sich im fernen Osten auch einen Verbündeten gegen die englischen imperialistischen Eroberungspläne in China zu sichern.

Rußland für die Weltwirtschaftskonferenz

In Beantwortung der Einladung Rußlands zur Weltwirtschaftskonferenz richtete der Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten der „Sowjetunion" an den Generalsekretär des Völkerbundes wie WTB. mitteilt, ein Schreiben in dem es u. a. heißt:

„Trotzdem die gegenwärtig vorliegenden Angaben über die Wirtschaftskonferenz nicht genügen, ist die Sowjetregierung doch in der Lage, zu erklären, daß sie die Aufklärungsarbeit über die internationale Wirtschaftslage nach dem Kriege für sehr nützlich erachtet. Gleichzeitig hält sie ihren Standpunkt hinsichtlich des Völkerbundes aufrecht.

Da nun Ihr Schreiben vom 30. Dezember vorläufig die Sowjetregierung nur befragt, welche Haltung sie gegenüber der Einladung von Günsel und Khintschuk (zwei russischen Staatsmännern. — Verf.) als Mitglieder des vorbereitenden Ausschusses einnimmt, so kann ich Ihnen erklären, daß meine Regierung kein Hindernis in dieser Angelegenheit sieht und der Meinung ist, daß die Einladung ihnen unmittelbar zuzustellen ist."

Die Weltwirtschaftskonferenz wurde von dem französischen Oberscharfmacher Loucheur angeregt. Sie soll den Zweck haben, die gegenseitige Konkurrenz der div. kapitalistischen Staaten durch Verteilung der Absatzgebiete auszuschalten und Europa konkurrenzfähig gegen Amerika zu machen. Ein Hauptmittel zu diesem Zwecke wird die „Rationalisierung", d. h. der Lohnabbau und Stillegung unrentabler Betriebe, d. h. Schaffung eines ständigen Heeres von Lohndrückern sein. Der „Vorwärts" spottet:

Langsam, langsam — aber sicher folgt auch Moskau dem Zuge der Zeit. Wie lange noch und wir sehen die Moskauer in — Amsterdam und Genf!

Arbeiterbewegung

Augen auf, Proletarier!

„Auch mit den Mördern Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs werden wir zusammen gehen, wenn sie in unsere Reihen treten."

Remmele in Stuttgart August 1923.

1926. **„Die KAP. ist konterrevolutionär, zum Teufel mit der KAP."**

Remmele im Schlußwort der Kundgebung zur Fürstenenteignung in den Pharussälen am 25. Januar 1926.

Am 25. Januar 1926 fand eine öffentliche Kundgebung zur Fürsten-Enteignung in den Pharussälen in Berlin statt. Es sprachen dort u. a. Kuzcinski, Düwell, Liebknecht und als letzter Remmele von der KPD. Sie alle führten aus, daß diese Kampagne der Enteignung der Auftakt für den Sturz der kapitalistischen Klasse sein soll und daß die Arbeiterschaft so geschlossen wie jetzt auch dastehen muß, um aus diesem Auftakt heraus die Beseitigung der Bourgeoisie vornehmen zu können.

Als einer unserer Genossen auf die Zusammensetzung des Einheitskomitees zu sprechen kam und die Beleuchtung der SPD. vornahm, wurde er durch das Gebrüll der Versammlungsteilnehmer am Sprechen gehindert.

Infolge eines Schlußantrages, der von der Bühne eingereicht wurde, wurde nach einer demagogischen Abstimmungsrede des Abgeordneten Düwell der Antrag auf Schluß der Aussprache gegen 7 Stimmen angenommen.

Im Schlußwort, das der bekannte Remmele von der KPD. hielt, bezeichnete dieser die KAP. als konterrevolutionär und rief zum Schluß aus: **„Zum Teufel mit der KAP.!"**

Wir wollen diesem „Genossen" Remmele einmal folgendes erwidern: Zunächst wollen wir ihn an die „Schlageter"-Zeit im Ruhrkrieg erinnern, und ihm den Ausspruch der oben zitiert ist, ins Gedächtnis zurückrufen. Dieser ist niedergeschrieben in der „Roten Fahne" vom 18. August 1923, in einem Artikel, der sich „Fälscher" betitelt.

Wenn er also sagt, daß die KAP. konterrevolutionär ist, so ist Herr Remmele vollständig politisch farbenblind. Ueber die Konterrevolution, die das Proletariat zu fürchten hat, lesen wir in der Rede, die die Genossin Rosa Luxemburg auf dem

Ford in Europa

In den letzten Wochen sind in den Berichten über die Amerikafahrt der SPD.-Parlamentarier und Gewerkschaftsführer Lobhymnen über das „Arbeiterparadies" Amerika, besonders über die Fabriken des Autokönigs Ford gesungen worden. Wie raffiniert das Ausbeutungssystem Fords in Wirklichkeit ist, wird an nachstehender, uns von einem dänischen Genossen zugesandten Schilderung der Fordwerkstätten in Kopenhagen klar. D. Red.

„Das laufende Band" — der Arbeit Hölle.

Fords neue Fabrik, im Südhafen Kopenhagens belegen, ein riesiges Gelände umfassend, mit der Absicht der Vergrößerung vor Augen, wurde im letzten Jahre in Betrieb genommen.

Der bürgerliche Blätterwald hallte wieder von Lobgesängen, welches Glück für den dänischen Arbeiter wäre, daß Ford seine Sammelfabrik nach Kopenhagen verlegte anstatt nach Stockholm. Die Journaille, der Schmok, einschließlich der sozialdemokratischen, veranstalteten ein Wett-Bauch-Rutschen.

Die Kopenhagener Fabrik ist nur eine Montagefabrik. Die einzelnen Teile kommen von Detroit, USA. In 8 Stunden werden 190 Wagen fertiggestellt, bestehend aus 3710 Teilen. Der einzelne Wagen beansprucht eine Gesamtzeit zur Fertigstellung von 38—40 Minuten.

Die Kopenhagener Sammelfabrik ist für den Absatz im Gebiete Skandinaviens und der Ostseestaaten berechnet. Für den deutschen Markt sowie Frankreich und die Tschechoslowakei hat man in Hamburg eine Sammelfabrik errichtet. Jedes der Hauptländer wird in Zukunft eine eigene Sammelfabrik erhalten, welche neben dem Hauptlande die Versorgung der angrenzenden Länder übernimmt.

Laßt uns diese Hölle, eine amerikanische Hölle allerschlimmsten Schlages, betreten. Ein Raum so mächtig wie 10 Markthallen zusammen, durchkreuzt von Stahlbalken, Röhren, Stangen, Brücken, Stahlschienen, Kranen, Schläuchen und Ketten. Grauer Stahl, grauer Zement graues Licht fällt hoch von oben. Hunderte von Männern, mit Armen und Beinen die wildesten Verrenkungen ausübend, gleich als ob die Knochen von Kautschuk wären. Ein Lärm, gleich einem Trommelfeuer, fauchend, zischend, schnurrend, explodierend, kurzum, als wenn die Hölle losgelassen sei. Worte sind unverständlich.

Hier wird der erste Keim zu einem Motor-Wagen gelegt. Ein Mann steht da mit zwei großen Kisten vor sich, greift aus jeder eine Schiene holt aus der dritten eine Schraube, greift nach oben, nach der elektrischen Schraubenanziehmaschine und preßt mit dieser die Schraube ein. Einige Sekunden, und die Arbeit ist getan. Neue Schienen, neue Schrauben! Das Spiel wiederholt sich. Minute auf Minute dieselbe Arbeit. Stunde reiht sich an Stunde, Tag an Tag, Woche an Woche, Jahr an Jahr. Der Mensch wird zum Automaten, zur lebenden Maschine.

Aus diesem Anfang erwächst ein Automobil. Die Schiene gleitet weiter zur nächsten menschlichen Maschine, eine neue Schiene dazu fügend. Die nächste menschliche Maschine bespritzt die Schienen mit Lack, worauf die Schiene den Trockenofen passiert, um dann auf dem 94 Meter langen Transportband, zwei parallel laufenden Stahlketten zu landen.

Auf diesen, durch Zahnräder getriebenen Stahlketten bewegen sich die Teile auf der 94 Meter langen Bahn in 38—40 Minuten. Ist diese Wanderung beendet, so sitzt ein Mann am Steuer, der Wagen ist kontrolliert, der Motor spielt, Laternen leuchten — der Wagen fährt hinaus und ist fertig zum Verkauf.

Auf Querbahnen werden die kleinen Teile gesammelt und gelangen als große Teil zum Bande, um dort zum fertigen Wagen montiert zu werden. Auf einer anderen Bahn wird der Motor zusammengestellt und kommt auf das Band, wo der Wagen soweit fertiggestellt ist, um sein Herz zu empfangen. Auf einer anderen Bahn kommt das Steuer, auf einer weiteren die Laternen, von oben kommt die Karosserie die ein Kran von einem oben laufenden Bande abhebt. Kühlwasser, Oel und Benzin werden durch Schläuche zugeführt. Zahnräder drehen sich, das Band rollt weiter. Wagen kommt auf Wagen. Bei Hunderten von Männern hat jeder seinen bestimmten Platz, seine bestimmte Bewegung. Jede Bewegung ist auf den Teil einer Sekunde berechnet. Jeder muß fertig sein, wenn der Wagen sich weiter bewegt. Kein Aufstehen — nein, springen, laufen — nicht gehen. Man muß fertig sein, ehe der Wagen den Nachbar erreicht. Schnell — schnell!

Der letzte muß fertig sein, ehe der Wagen das Zahnrad erreicht und das Band sein Ende. Ein Mann sitzt am Steuer, startet den Wagen, fährt ein paar Schritte springt ab — der nächste!

Und so oben darüber! Vorbei bewegt sich die Karosserie, von dem Tischler mit dem elektrischen Schraubenzieher, dem Maler mit der Lackspritze — schnell, hurtig, die Karosserie verschwindet im Trockenofen. Vorbei vor dem Sattler, der mit ungeheurer Fixigkeit und Druckluft-Apparaten in 6 bis 8 Minuten einen ganzen Sitz polstert; vorbei vor den Näherinnen mit Nähmaschinen, die 3000 Stiche in der Minute machen, vorbei an Ventilatoren und Staubsaugern, hin zum Elevator, weiter zum Kran, gerade im rechten Augenblick, um auf das passende Untergestell gesetzt zu werden.

Das Band rollt. Hände greifen. Maschinen lärmen. Arme strecken sich, es gilt fertig zu sein! — Jede 2½ Minute öffnet sich das Tor und speit einen Wagen aus 190 Wagen am Tage. Der Wagen fährt weiter zum Hafen, um dort mit eigenen Schiffen, die 200 bis 400 Stück laden, versandt zu werden. Das Schiff fährt fort und weiter gleitet das Band — das verfluchte Band, das den Menschen zur leblosen Maschine degradiert, zum geistigen Krüppel macht, einen Hohn auf jedes Menschentum bildet.

das laufende Band.

Sklaven — wie es bisher keine gab; Reichtum, wie es bisher keinen gab, aufgespeichert in der Hand eines einzigen Großkapitalisten, das ist das Fazit des laufenden Bandes.

Für den Kapitalisten himmlisch: für den arbeitende Sklaven — die Hölle auf Erden!

„Ideal"-Mensch Ford.

Ford nennt oder läßt sich bezeichnen als „Philantrop". Wie seine Philantropie in Wirklichkeit aussieht, ist zwar bekannt, soll aber nachstehend nochmals gekennzeichnet werden. Ford hat keine „Arbeiter" in seinem Dienste, sondern „Funktionäre". Daß diese Bezeichnung darauf zurückzuführen ist, etwa vorhandenem Standesdünkel zu kitzeln, ist kaum anzunehmen, doch soll dieses bezwecken, einen Keil zwischen seine Arbeiter und außenstehende oder noch im Besitze von etwas Klassenbewußtsein befindliche Arbeiter zu erzeugen. In seinen Betrieben hat er auch ein sogenanntes „soziales Sekretariat" eingerichtet, wo die Arbeiter ihre geheimsten Sorgen und Nöte anbringen können, selbstverständlich unter strengster Geheimhaltung, wo ihnen vielleicht auch [illegible] versprochen wird. Ein netter Horchposten, den dieses „soziale Sekretariat" darstellt. (Ford ist nämlich Quäker und alle seine Beamten sind Amerikaner und Quäker) um die Arbeiter auszuhorchen, fest in die Hand zu bekommen und das Gehörte im gegebenen Augenblick gegen den Arbeiter auszunutzen oder auch um einen gegen den anderen auszuspielen.

Fords persönlicher Wunsch ist es, daß seine Funktionäre sparsam, ehrlich, nüchtern usw. sind und als gute Staatsbürger die hohe Achtung ihrer Mitbürger genießen. In solchem Falle kann ein Arbeiter „Aktionär" des Ford'schen Unternehmens werden auf Grund eines Einschußplanes (der Einschuß wird von dem Lohne gekürzt), auch kann ihm eine billige Fabrikswohnung überlassen werden. Die Absicht ist: sich einen Stamm willenloser, fest an den Betrieb gefesselten Lohn- und Maschinensklaven zu schaffen.

Das Spion- und Antreibersystem bei Ford.

Plötzlich fällt es der Betriebsleitung ein 3 bis 6 Wagen mehr am Tage fertig zu stellen. Ohne jede vorherige Bekanntmachung wird mitten in der Arbeitszeit die Geschwindigkeit des laufenden Bandes erhöht. Die Arbeiter können nicht folgen. Die Arbeit ruht. Protest! Der Vertrauensmann verhandelt mit der Betriebsleitung. Diese erklärt, daß die Mehrleistung eine absolute Notwendigkeit sei und daß die getroffene Veranstaltung nicht rückgängig gemacht werden kann. Wer nicht einverstanden ist, erhält seinen sofortigen Abschied.

Die lebenden Maschinensklaven beugen verzagt ihren Nacken trotz der Gewerkschaft. Die Gewerkschaftsbonzen weichen zurück vor der Drohung der Ford'schen Betriebsleitung. Eine Stockung in der Arbeit durch gewerkschaftlich organisierten Streik hat die sofortige Verlegung des Betriebes nach einem anderen Lande zur Folge. Vor dieser Drohung knicken diese Helden zusammen und begründen dieses gegenüber der Arbeiter-Oeffentlichkeit damit: Ein Verlust der Fordfabriken würde eine fühlbare Schädigung des Volkes in wirtschaftlicher Beziehung herbeiführen. Und dabei sind die Arbeiter bezw. deren Gewerkshaften international miteinander verbunden.

Trotzdem die Löhne etwa 100 bis 125 Prozent über dem allgemeinen Lohnniveau liegen, fragt man sich doch vergebens warum die Arbeiter sich in ein solches Sklavenleben fügen. Schikanen seitens der frömmelnden Quäker und Betriebsleiter gehören zum täglichen Brot. Niemand muckst! — Halt doch, sie mucken auf, wenn es sich um „König Alkohol" handelt.

Es wird niemand wundern, wenn die frommen Quäker den Alkoholgenuß, der nur in den Pausen zugelassen war, mit scheelen Augen betrachten, und diesem den Garaus machen wollten. Hier stieß die Betriebsleitung aber auf den Widerstand der dänischen Arbeiter. Eingeleitete Verhandlungen seitens der Gewerkschaften endeten resultatlos so daß dieser Streit vor das Schiedsgericht für Arbeitersachen gebracht wurde. Dieses entschied dahin, daß das Mitbringen von Schnaps und Bier zu einem Gewohnheitsrecht der dänischen Arbeiter gehöre und nicht verboten werden könne. Der Genuß dieser Getränke dürfe aber nur in den Essenspausen stattfinden. Diesem Entscheide mußte die Betriebsleitung sich beugen; König Alkohol war erneut Sieger!

Das Spionensystem ist derartig ausgebreitet, daß ein kollegiales Verhalten des einen zum anderen vollständig ausgeschlossen ist. Niemand traut seinem Nachbar, denn dieser wird als Spion und Angeber betrachtet und umgekehrt. Arbeiter, die der gleichen Organisation angehören und auch derselben Unterabteilung, bewachen sich gegenseitig mit Argusaugen. Klatsch und Angeberei spielen eine wichtige Rolle und schließen jede kameradschaftliche Vertraulichkeit, wie diese in anderen Betrieben vorgefunden wird, vollständig aus, zur Freude der Betriebsleitung, die hierauf eine Despotie aufgebaut hat. Ein aufrechter Arbeiter geht oder wird alsbald gegangen.

Das laufende Band macht den Arbeiter, nicht nur zu seinem Sklaven; es schlägt auch dessen Geist in seinen Bann. Die Ford'schen Arbeiter sind körperlich derart erschlafft, daß sie für die Interessenwahrnehmung ihrer Klasse längst gar kein Verständnis mehr aufzubringen vermögen. Ihr Klassenbewußtsein ist abgestorben; stumpfsinnig verleben sie ihre Tage. Nach Wochenschluß ist das Wirtshaus zum Teil für viele ein Trost und eine Erholung.

Für den Klassenkampf sind diese Proletarier verloren.

Das laufende Band, diese einer kommunistischen Bedarfswirtschaft segenbringende technische Verbesesrung der Arbeitsmethoden ist in der Profitwirtschaft ein Fluch für die Arbeiterklasse. Zuerst tötet es den Geist, um alsbald auch den Körper zu ruinieren.

Auf der anderen Seite sehen wir Fords Riesenvermögen weiter anwachsen. Ford hat an Einnahmen 1 Million Dollars an 3 Tagen. Nach vorgenommen Berechnungen sollen Ford und sein Sohn, vorausgesetzt dieses Wachsen im gleichen Maßstabe, in wenigen Jahren jeden Tag 1 Million Dollars vereinnahmen.

Auf einer Seite: Akkumulation der aus Arbeit entstandenen Werte in unerhörtem Ausmaße — Armut, Elend, Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft, geistige und physische Versklavung, ebenfalls in riesenhaftem Ausmaße auf der anderen Seite. So verschärfen sich die Klassengegensätze ungeheuer.

Nur die kommunistische Bedarfswirtschaft kann solchen Zuständen ein Ende bereiten und das laufende Band aus einem Fluche für den Arbeiter in einen notwendigen Fortschritt der Technik zum Wohle der gesamten Menschheit verwandeln.

Groß-Berlin: Freitag, den 29. Januar Mitglieder-Versammlungen in den Unterbezirken

Gründungsparteitag des Spartakusbundes 1918 gehalten hat, folgendes:

„Parteigenossen! **Die Herren Haase, Dittmann usw. haben unter allerlei Larven und Schminken die Revolution, die sozialistische Ware an den Mann bringen wollen sie haben sich als Kuppler der Konterrevolution erwiesen; heute sind wir frei von diesen Zweideutigkeiten, die Ware steht vor der Masse des deutschen Volkes in der brutalen Gestalt der Herren Ebert und Scheidemann da. Heute kann auch der Blödeste nicht verkennen: das ist Konter-Revolution, wie sie leibt und lebt.**"

(Rosa Luxemburg: Rede zum Programm der Komm. Partei Deutschlands, S. 15, Abschnitt 3.)

Im weiteren Verlauf der Entwicklung erkennen wir heute, daß die Genossin Rosa Luxemburg in diesem Satz klar aussprach, was sie damals wirklich sah und was vor sich ging. Sie konnte leider nicht mehr sehen, daß der Kuppler zur Konter-Revolution, die KPD, mit ihren „Remmeles" geworden ist.

„Unter **allerlei Larven und Schminken versuchen diese Herren Remmele, Düwell und Rosenthals die Ware Kommunismus an den Mann zu bringen. Sie schrecken auch davor nicht zurück, selbst mit den Mördern eines Karl Liebknecht und Rosa Luxemburgs zusammen zu gehen.**

Diese Mörder brauchen heute **nicht mehr in ihre eigenen Reihen einzutreten, sondern** schon **die geringste Verbindung benutzen sie dazu, um das Proletariat an die Konterrevolution zu verkaufen.**

Denn Noske, Scheidemann Dittmann, dazu die Orgesch-Gewerkschaften usw. sind nach Rosa Luxemburg die krassesten **Konterrevolutionäre.**

Proletarier! Genossen! Unsere Aufgabe ist es, in dieser Situation gegen solche Politikanten Front zu machen und ihnen ihr Handwerk zu legen.

Genossen der KAP. und AAU. entfaltet auch in öffentlichen Versammlungen der KPD die regste Propaganda für unsere Ziele, damit endlich diese bewußte Konter-Revolution von der Arbeiterklasse erkannt und entlarvt wird. **Darum Augen auf! Proletarier!**

Ausland

Italien

Die faschistische Gewaltdiktatur duldet keine Opposition.

Die Bedrohungen und die brutale Behandlung der deutschen Bevölkerung in dem nach dem Weltkriege an Italien abgetretenen Südtirol durch das faschistische Gewaltregiment hat die gleichen „Brüder", die nationalistischen Schreier und Radauhelden in Deutschland zu Protestgeheul und zu Aufrufen zur „Rettung des Deutschtums" in Südtirol veranlaßt. Die vereinigten vaterländischen Verbände Deutschlands fordern in einem Aufruf zum Boykott Italiens auf wegen der „Vergewaltigung Südtirols durch die Faschisten": Reist nicht nach Italien! Kauft keine italienischen Waren!" So schreien die glühenden Anbeter und Verehrer der Mussolini-Methoden und des Faschismus, wenn sich diese italienischen „Völkischen" derselben Mittel in ihrem Lande gegen „Fremdlinge" und Anderssprechende bedienen, die die Deutschvölkischen und Deutschnationalen ungehindert in Deutschland anwenden wollen. Der verbohrte Nationalismus verwickelt sich also hierbei in seine eigenen Widersprüche. In der faschistischen Presse wird deutlich erklärt, daß „die wenigen deutschen Bürger, die in Südtirol leben immer einen Eisenbahnzug zur Verfügung hätten, wenn sie mit dem Aufenthalt unzufrieden seien".

Wenn man heute einen kurzen Rückblick auf die Entwicklung der Ueberdiktatur Mussolinis wirft, so interessiert dabei in erster Lini die Lage des italienischen Proletariats in einem kapitalistischen Staate, in dem der Klassenkampf, **der Kampf zwischen Kapital und Arbeit gesetzlich verboten ist.** Darüber berichtet die „Berner Tagwacht", ein sozialdemokratisches Schweizer Blatt, u. a. folgendes über das Jahr 1925:

„In seiner äußeren Gestaltung bedeutet das Jahr 1925 für das italienische Proletariat zweifellos eine weitere Verschärfung seiner Knechtschaft. Wenn ihm am Ende des Jahers 1924 noch einige seiner Organisationen geblieben waren und die Opposition noch die Möglichkeit hatte in der Presse die Schandtaten des Faschismus zur Sprache zu bringen, so ist heute

die sozialistische Einheitspartei aufgelöst

und alle größeren Arbeiterorganisationen, von der der Seemannschaften bis zum Verband der Buchdrucker, sind faschistischer Verwaltung unterstellt worden.

Die Arbeiterpresse ist fast völlig unterdrückt.

Was der Faschismus vorher durch Gewalt erzielte, kann er heute auf gesetzlichem Wege erreichen. Der Faschismus verfügt heute über einen gesetzlichen Apparat zum Niederhalten der Gegner, der in der Geschichte des Bürgertums wohl einzig dasteht.

In der Tat macht das Gesetz über die Presse, das nun auch vom Senat angenommen ist, es

der Regierung möglich, jede ihr verhaßte Zeitung in kürzester Zeit zu beseitigen.

Die Blätter sind nicht nur der Beschlagnahme durch die Exekutivgewalt wehrlos preisgegeben, sondern es können über sie die ungeheuerlichsten Bußen verhängt werden, für deren Bezahlung auch die Drucker mit ihrem ganzen Betriebsmaterial und die Besitzer der Aktien des Blattes haften.

Nur noch vier Arbeiterblätter,

die einheitssozialistische „Lavoro", die kommunistische „Unita", der maximalistische „Avanti" und die republikanische „Voce Republicana" führen ein Schattendasein.

Die zahllosen faschistischen Tagesblätter, die die Banken und die Großindustrie aushalten müssen, sind ein Sorgenkind Mussolinis. Noch gibt es kein Gesetz, das das Kaufen faschistischer Zeitungen allen Bürgern zur Pflicht macht, und so will keiner den Dreck lesen, auch die Faschisten nicht.

Das Gesetz über die Beamtenschaft ist am 19. Dezember im Senat angenommen worden. Es ermächtigt die Regierung, bis zum 31. Dezember 1926 **alle Beamten zu entlassen, die sich nicht zum Regime bekennen.**

Von demselben Geist der Bevormundung ist das Gesetz über die Gewerkschaften und das obligatorische Schiedsgericht eingegeben, das aber von dem Wahn ausgeht, man könne wirtschaftliche Erscheinungen willkürlich in die Bahnen weisen, die der Regierung genehm sind. Durch das noch der Annahme durch den Senat harrende Gesetz werden praktisch die faschistischen Gewerkschaften mit Rechtskraft ausgestattet. Als Folge dieser Rechtskraft werden sie die alleinigen Vertreter der Arbeiterschaft ihrer Kategorie, verhandeln ausschließlich in deren Namen, gehen die obligatorischen Schiedsgerichte an und erheben Beiträge von allen in der Höhe eines Arbeitstages im Jahr. Für dieses ihr monopolistisches Recht

verlieren sie aber das Recht des Streiks,

wie die Unternehmer, die in derselben Weise zwangsweise gruppiert sind, das Recht des Boykotts verlieren. Es wird so eine Art

obligatorischer sozialer Frieden."

Also: **Knebelung auf der ganzen Linie!**

Der König hat Mussolini durch Dekret zum Chef der Regierung, Premierminister, Staatssekretär und Ministerstaatssekretär für auswärtige Angelegenheiten, für den Krieg, für die Marine und für die Luftschiffahrt ernannt.

Er ist fürderhin nur noch dem König verantwortlich und regiert Italien unumschränkt. Unter der Losung: „Fort mit jeder Opposition!" hat das faschistische Regime mit allen seinen Feinden **„tabula rasa"** gemacht mit den „Geheimgesellschaften" (Freimaurerei und dergleichen) und mit dem bürgerlichen Parlamentarismus.

Hier zeigt diese Entwicklung der italienischen Arbeiterklasse klar die Nutzlosigkeit der Hoffnung auf den bürgerlichen Parlamentarismus, die Illusionen der Demokratie durch die Vernichtung der Pressefreiheit, des Streik- und Koalitionsrechts. Selbst die ausgewanderten flüchtigen Italiener versuchten die Faschisten unschädlich zu machen.

Aber Mussolini gebietet nicht nur den amtlichen Organen, er hält nicht nur Minister, Präfekten, alle Beamten ohne Unterschied willenlos am Fädchen. Er hat auch, wie in anderem Sinne der Papst, **seine eigene, persönliche Garde: seine Abertausende von faschistischen Genossen und Vertrauensleuten und seine dem regulären Heere an Zahl und Bewaffnung ebenbürtige schwarze Miliz,** und allein schon der Blick auf diese veranlaßt Gegner und zweifelhafte Freunde, dort zu schweigen, wo Reden nichts nützt, sondern nur dem Redner schadet. Ein Wink des Duce (Herzog) lenkt die Psyche des ganzen Volkes. Und dieser Mann, dieser Alleinherrscher war einst „Sozialist", war Redakteur des italienischen Sozialistenorgans!

Der Skandal des Mordes an dem Sozialisten Matteotti konnte Mussolinis Herrschaft nicht erschüttern. Im Gegenteil! Die von ihm geschickt ausgeheckte Spitzelsache eines Attentatsplanes auf ihn, hat erst recht zur Befestigung seiner Ueberdiktatur beigetragen.

Was die äußere Politik Mussolinis anbetrifft, so ist diese infolge des völligen Oppositionsmangels scheinbar sehr sicher. So meldet die bürgerliche Presse, daß das offizielle Verhältnis zu Deutschland **trotz** der Vorgänge in Sütirol, die man hier gewissermaßen als eine Art — Kolonialfrage (!) behandelt, nicht schlecht ist. Eng ist das Verhältnis zu Großbritannien; ausgezeichnet (trotz des Faschismus!) das zu Rußland. Konkrete Erfolge: die Handelsverträge mit Deutschland und Rußland, der Fiumvertrag mit Jugoslawien, zuletzt die befriedigende Regelung der amerikanischen Schuldenlast, der ein ähnlicher Abschluß mit England folgen soll.

Dänemark

Die Arbeitslosigkeit und die dänische kommunistische Partei. 85000 Arbeitslose gibt es zurzeit in Dänemark

ohne die amtlich nicht erfaßten, unkontrollierten und nichtunterstützten. Die Krise hat auch die skandinavischen Länder erfaßt, welche seit den Jahren 1919-20 eine ständige Arbeitslosigkeit von etwa 20 Prozent aller Beschäftigten aufweisen. Diese kleinen Länder, kapitalschwach ohne eigene Rohstoffquellen, deren technischer Produktionsapparat teilweise vorsintflutlich wirkt, können mit den Ländern mit höher entwickelter Technik nicht konkurrieren und unterliegen im Konkurrenzkampf. Fast die Hälfte der Bevölkerung ist ohne Beschäftigung. Das Rezept der staatlichen Liebesgaben an die Industrie ist Kurpfuscherei und kann der Industrie nicht auf die Beine helfen.

In Stockholm hat sich ein Professor gefunden, der die Ursache der Arbeitslosigkeit in der Faulheit der Arbeitslosen entdeckt hat. Er schlägt zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit vor, schärfere Kontrolle und Herabsetzung der Unterstützung. Daß die Arbeitslosen eine minderwertige Sorte Arbeiter sind, um diese auszuforschen, brauchte der Mann gerade nicht Professor zu sein. Dasselbe sagte uns im letzten Jahre ein hervorragender dänischer theoretischer Anarchist, nur mit anderen Worten.

Die vielen Anträge der sozialdemokratischen Parlamentarier um Bewilligungen von Notstandsarbeiten, die 30 — 7 — 3 — usw. Millionen betragen sollen, machen das Proletariat ganz schwindelig im Kopfe. Leider ist von allen diesen Millionen noch nicht ein einziger Arbeitermagen satt geworden.

Die kommunistische Partei Dänemarks (DKP) ist der getreue Knappe der in die Klemme geratenen sozialdemokratischen „Arbeiter"-Regierung. In Nr. 1 des „Arbejderbladet" veröffentlicht die DKP. einen Aufruf und verlangt ein ganzes Bukett übelduftender reformistischer Blumen, an dessen Geruch die Arbeitslosen sicher die „noch" in Arbeit stehenden Arbeiter möglicherweise auch ersticken würden: **Erhöhte Unterstützung, Nothilfsarbeit, Bewilligung von Krediten für diese** (Onkel Sam, hilf! nämlich die Kassen sind leer) **Staatskredite an die notleidende Industrie (Hört!).**

Die Regierung der sozialdemokratischen Hausknechte für Erhaltung der Kapitalsherrschaft hat auch gestern dem Rigsdag in geheimer Sitzung eine solche Vorlage zugehen lassen, um die bedrohte Industrie aufzuhelfen. Es wird so gehen, wie üblich. Die Industrie schluckt die Liebesgaben, ohne daß der Arbeitslosigkeit nennenswert abgeholfen wird.

Die bürgerliche Presse meldet dazu folgendes:

„Zur Stabilisierung der dänischen Krone will die dänische Nationalbank einen auf ein Jahr befristeten Kredit von **14 Millionen Dollar in New York aufnehmen."**

Diese Krise wird hoffentlich dazu beitragen, den vorhandenen demokratischen Nebel aus den Hirnen der skandinavischen Arbeiter zu verjagen und zu zeigen, daß nur der kompromißlose Klassenkampf in dieser Niederganspериode des Kapitalismus das Proletariat vor dem Untergang retten kann.

Rußlanddelegation. Die vor einigen Wochen aus Rußland heimgekehrte dänische Arbeiter-Delegation hat sich jetzt in die Gewerkschaften verkrochen. Diskussion ist nicht. Schriftlicher Bericht bisher nicht erschienen. Eine neue Delegation von 300 Arbeitern ist geplant. Diese Delegationen sind ein wirksames Mittel für die Sowjet-Demagogen, den Arbeitern Sand in die Augen zu streuen. Die **Einheitsfront** marschiert auch in Dänemark. Dazu noch folgende Bemerkung:

Im „Socialisten" schreibt I. P. Nielsen, dänischer Rigsdagsmand, (ehemaliger deutscher Unabhängiger) „Sowjetrußland errichte Parteien in allen Ländern und erhält diese aufrecht, um sich Stützpunkte zu verschaffen. Darunter soll man verstehen, falls die internationale Einheit errichtet wird, so will Rußland seine Stützpunkte **verschwinden** lassen.

Hierzu bemerkt Rußlandsfahrer und Moskauer Nachbeter Schulz im Bolschewiki-Organ „Arbejderbladet": „Es zeigt dieser Gedanke gerade die Bedeutung der Existenz unserer Partei." (der DKP.)

I. P. Nielsen ist Anhänger der Einheitsfront im sozialdemokratischen Lager und hat sicher seinen Einfluß im „D.S.F." (dänischen Gewerkschaftsbund) dazu benutzt, der dänischen Vertretung im internationalen Gewerkschaftsbund zu Amsterdam den Rücken zu stärken, so daß diese für die Einheit stimmte.

Daß die dänischen Bolschewiki mit Freuden auf diesen Gedanken des **Verschwindenlassens ihrer Stützpunkte** eingehen, sollte jeden denkenden Kommunisten aufzeigen, daß die Politik der Moskauer und ihrer Epigonen gegenrevolutionär ist. Wer die Politik der Komintern-Sektionen stützt, macht sich des Verrates an der Revolution schuldig.

„Ny Produktion", Organ der Anarchisten und Anarcho-Syndikalisten ist nach 5 Nummern sanft entschlafen.

Es ist ein harter Boden, den wir Revolutionäre in Dänemark bearbeiten müssen. Wie viele Revolutions-Sprachrohre sind in den letzten 6 Jahren eingegangen? Mindestens 6—7 verschiedene Richtungen haben vergeblich Arbeit und Geld daran gesetzt.

Norwegen

Bildung einer Labour-Partei.

Wie bekannt, ist die norwegische Arbeiterpartei, deren Mitglieder aus dem kollektiven Zusammenschluß der Gewerkschaften bestanden durch die Beschlüsse des 3. Weltkongresses der Komintern in ihre einzelne politischen Bestandteile aufgelöst worden.

Nunmehr plant man eine neue Arbeiterpartei nach dem Muster der englischen Labour Party. Die Vorarbeiten sind bereits in Angriff genommen und eine Zusammenarbeit mit dem englischen linken Flügel besteht.

Die stärkste Partei ist bisher noch der Transmäl-Flügel. Ob dieser sich dem Diktat der Moskauer beugen wird, wird die Zeit lehren. Sicher ist eins: Moskaus Verlangen, daß die norwegische Arbeiterpartei sich der Moskauer Disziplin zu fügen habe, hat Schiffbruch erlitten. Bei diesem Plane der Gründung einer Labour Party hat Moskau erneut die Hand im Spiele. Die Absicht ist, den Gegner Tranmäl schachmatt zu setzen. Daß auch die sozialdemokratische Partei Norwegens in diese neue Labour Party einbezogen wird, beweist uns unzweideutig, daß überall von Moskau aus **um jeden Preis die Parole der Einheitsfront und deren endliche Verwirklichung** mit allen Mitteln der Demagogie und des Schwindels betrieben wird.

Hier ist nicht die Rede davon „gewerkschaftliche" Einheitsfront allein, nein, hier handelt es sich um die **offene „politische" Einheitsfront,** den sog. Linksblock.

Die Kommunisten Skandinaviens sind von diesem Plane sehr sympathisch berührt (die dänischen Moskauer machen sauere Miene zu dem Intrigenspiel der Moskauer Götter). Wir werden hierüber noch näher berichten.

Spitzbergen

Die Kohlengruben in den arktischen Regionen stellen ihren Betrieb im Winter ein. Aus Tromsö wird dazu gemeldet:

Die Saisonarbeit in Spitzbergen ist beendet für 1925. Damit wird auch die Kohlenförderung eingestellt. Gearbeitet wird nur noch in der Großen Norwegischen Kohlengrubengesellschaft an der Adventbay mit etwa 250 Mann. Auch in der Kohlengruben-Aktiengesellschaft Björnöen wird die Arbeit eingestellt. Es wird mit längerer Betriebseinstellung gerechnet, die durch Mangel an Betriebsmitteln und die fallenden Kohlenpreise auf dem Weltmarkte verursacht wird.

Der Abbau der Kohlengruben auf Spitzbergen hat zur Folge, daß die Arbeiterklasse dort zurzeit nicht aktionsfähig ist. Im Frühjahr, wenn die Betriebe wieder aufgenommen werden sollen, ist auch mit einem Wiederaufleben ihrer organisatorischen Tätigkeit zu rechnen.

Brasilien

Die Reaktion in Brasilien nimmt noch kein Ende. Schon zwei Jahre ist es her, seit Genossen, die in der Arbeiterbewegung aktiv tätig waren, verbannt worden sind in die Wüstengegend und das Todesland Oyapock, eine Art brasilianisches Sibirien, jedoch mit dem Unterschied, daß dort eine unerträgliche Hitze herrscht. Einige dieser Verbannten sind infolge des mörderischen Klimas bereits gestorben, andere konnten entkommen.

Die Lage für proletarische Auswanderer, die dort keine Verwandten oder Freunde haben, ist sehr schwierig. Sie werden oft unter Vorspiegelung falscher Tatsachen durch Agenten als billige Arbeitskräfte nach Brasilien gelockt, ohne daß ein nennenswerter Bedarf an Arbeitskräften wirklich vorhanden ist. — Die Lebensverhältnisse sind in Brasilien sehr teuer, und der brasilianische Milreis (die landesübliche Münze) ist nur 50 Pfg. wert. **Gelernte Arbeiter** verdienen unter Umständen 20—25 Milreis täglich. Kontrakte für Arbeiter, die nicht auf dem brasilianischen Konsulat in der Landessprache (portugiesisch) ausgefertigt sind, haben keine Gültigkeit.

Mitteilungen

Wirtschaftsbezirk Rheinland-Westfalen

An die Ortsgruppen und Einzelgenossen!

Die Bezirksleitung beruft für **Anfang Februar** eine **Bezirks-Konferenz ein.**

Prov. Tagesordnung:

1. Politische Lage und Aufgaben der Partei.
2. Organisatorisches.
3. Wahlen.

Anträge zur Bezirks-Konferenz müssen bis spätestens **25. Januar 1926** in Händen der Bezirksleitung sein. Alles Näheres geht euch durch Rundschreiben zu. Weiter ersuchen wir alle Genossen um Abrechnung der Pflichtbeiträge.

Antrag Ronsdorf.

Die Ortsgruppe Ronsdorf beantragt Verlegung des Bezirks-Vorortes.

Bezirksleitung Rheinland-Westfalen.

Groß-Berlin

2. Unterbezirk. Freitag, den 29. Januar, abends 7.30 Uhr, Mitgliederversammlung im Lokal v. Oehlschläger Berlichingenstraße 5. Tagesordnung: **Psychoanalyse und Marxismus.** — Erscheinen aller Genossen ist Pflicht.

5. Unterbezirk (Friedrichshain). Freitag, den 29. Januar, abends 7.30 Uhr, Mitglieder-Versammlung im Lokal Gessart, Graudenzer Straße 3. — Referat: Gestatten die Naturgesetze den Kommunismus? — Sympathisierende sind einzuladen. — Die Genossen müssen vollzählig erscheinen.

7. Unterbezirk (Charlottenburg). **Freitag, den 29. Januar,** abends 7½ Uhr, Mitgliederversammlung bei Jakob, Galvanistraße 7.

Vortrag: **Die große französische Revolution.** Erscheinen aller Genossen ist Pflicht. Sympathisierende und Leser der „KAZ." sind einzuladen.

14. Unterbezirk (Neukölln). **Freitag, den 29. Januar 1926,** abends 7.30 Uhr, Mitgliederversammlung bei Moldenhauer, Nogatstraße 50.

Tagesordnung:

„Materialistische Geschichtsauffassung und Philosophie."

Sympathisierende sind hierzu eingeladen.

16. Unterbezirk (Köpenick). Freitag, den 29. Januar, abends ½8 Uhr, Mitglieder-Versammlung. Vortrag. **Die Entwickelung der Religion und des Gottesglaubens.** — Die Parteigenossen sind verpflichtet vollzählig zu erscheinen. — Sympathisierende und Leser der „KAZ." sind einzuladen.

17. Unterbezirk. Freitag, den 29. Januar, abends **pünktlich** 8 Uhr, Mitgliederversammlung bei Bartsch, Lichtenberg, Neue Bahnhofstraße. — Referat: **Politische Lage.** — Da äußerst wichtige Tagesordnung, Erscheinen aller Genossen Pflicht.

19. und 20. Unterbezirk. Die Genossen dieser Unterbezirke beteiligen sich bis auf weiteres an den **Mitgliederversammlungen des 3. Unterbezirks** im Lokal Köhn, Neue Hochstraße 28.

Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich: Otto Scherneil-Berlin.
Gedruckt in der Buchdruckerei Willy Iszdonat, Berlin O 17, Langestr. 79

7. Jahrg. Nr. 9

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Preis 15 Pf.

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbezirk Berlin-Brandenburg

Die Zeitung erscheint zweimal wöchentlich. — Zu beziehen durch die Bezirks-Organisationen der Partei und im Straßenhandel. — Inserate werden nicht aufgenommen.

Februar 1926

Alle Zahlungen auf Postscheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 490 29 (Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin O 17, Warschauer Straße 49)

Bezugspreis: Bei Bezug unter Streifband durch die Post: Halbmonatlich die im Kopf der Zeitung angegebenen Preise. Zahlung bis 5. beziehungsweise 20. jeden Monats.

Klassenkampf oder Theater?

Die Einheitsfront des Linksblocks — Die „neutrale" Sozialdemokratie

Nach wohenlangen Verhandlungen hat Luther glücklich sein zweites Kabinett, das Kabinett der „neutralen Mitte", zusammengeklebt und jetzt mit **10 Stimmen** Mehrheit sich das „Vertrauen" der parlamentarischen Quasselbude bei der verfassungsmäßig vorgeschriebenen Abstimmung durch Drohung mit der Auflösung ertrotzt. Die „Neutralität" der Barmat-Sozialdemokratie rettete die Demokratische Republik vor einem Wahlrummel. Am Tage vor diesem Ereignis, am 27. Januar (dem Geburtstag Wilhelms des Türmers) hatte die KPD. in Berlin und anderen Großstädten der deutschen Republik mit ihren Anhängern, Nachläufern, Erwerbslosen, Roten Frontkämpfern, dem roten Frauen- und Mädchenbund usw. mit Trompetenschall und Gesang Umzüge, Massenübungen und Aufmärsche abgehalten unter den Schlagworten: **„Kampf für die Arbeiter- und Bauern-Regierung! Volksentscheid für die entschädigungslose Fürstenenteignung und Einheitsfront des Proletariats!"**

Diese Trickparolen sind in einer Zeit, in der sich die Todeskrise der kapitalistischen Wirtschaft von Tag zu Tag immer krasser offenbart und 5 Millionen Erwerbslose in Deutschland dem Verhungern ausgeliefert sind, das größte Betrugs- und Ablenkungsmannöver für das hilflose Proletariat Deutschlands. Die gesamte Unternehmerpresse schreit immer offener und frecher nach der Diktatur, um die Proletarier kirre zu machen, damit sie entweder unter der „Rationalisierung" zu Hungerlöhnen arbeiten oder verrecken gemäß dem Wirtschaftsprogramm des Reichsverbandes der deutschen Industrie. In dieser Situation, in der es um die Lebensinteressen der Arbeiterklasse geht, versucht die deutsche Sektion der 3. Internationale mit allen Kräften getreu dem Ekkikurs ihr Parteigeschäft mit den Steigbügelhaltern der Reaktion, mit den „Durchhaltsozialisten", zu verkuppeln, als Konkurrenzpartei der SPD. sich der Arbeitermassen zu bemächtigen und sie den verräterischen Schurken der Gewerkschaftsbürokratie zu überliefern. Die „Rote Fahne" geifert zwar tagtäglich gegen die schlappen SPD.- und ADGB.-Führer, fordert aber in demselben Atemzuge zur Bildung von Einheitskomitees mit diesen verschleierten Stützen der reaktionären Luther-Regierung auf.

Daß diese kleinbürgerliche Sozialdemokratie durch ihren Noske ihren abgrundtiefen Haß gegen alle proletarischen Revolutionäre eben erst im Perlacher Mordprozeß in München zynisch aller Welt verkünden ließ, rührt nicht an die besonders stark betonte „rrrevolutionäre Ehre" der „einzigen Arbeiterpartei" Deutschlands. **Es handelt sich ja für sie um die Einheitsfront der Massen!** Da ist der Massenbetrug der beste Hebel zur Massenbewegung. Revolutionärer Phrasenschwall muß die Massen über die Verlegenheit und die Hilflosigkeit, in die die KPD. infolge der furchtbaren Wirtschaftskrise durch den Ekkikurs geraten ist, hinwegtäuschen und ihnen die Notwendigkeit einer Einigkeit mit den bewährten Verrätern der proletarischen Revolution hervorzaubern. Wer als politisch denkender Proletarier durch die Illusionsparole der KPD. noch nicht vollständig verblödet ist, wird ohne weiteres erkennen, daß eine Partei, die wie die SPD. seit Jahren in Preußen die Große Koalition leitet, natürlich unter allen Umständen auch die verkappte Große Koalition mit aller Gerissenheit im Reichskabinett unterstützen muß. Der „Vorwärts" begründet diese Notwendigkeit des Verhaltens dieser Steigbügelhalter der Reaktion kurz mit folgenden Worten:

„Die große Mehrheit der Fraktion wünschte in diesem Augenblick die Auflösung nicht, weil der Eintritt in den Völkerbund zu vollziehen ist und weil die notwendigen Kredite zur Milderung der Wirtschaftskrise, die Verbesserung der Lage der Erwerbslosen einfach unmöglich werden, wenn monatelang kein Reichstag da ist, und alles in Ungewißheit schwebt. Sie erwartete, daß die Regierung Luther, wenn sich die Fraktion der Stimme enthielt, mit einer knappen Mehrheit aus der Affäre herauskommen werde, und diese Erwartung hat sich erfüllt.

Die Mehrheit der Fraktion wollte aber auch in diesem Augenblick nicht mit den Deutschnationalen, die dabei doch ganz andere Ziele verfolgen, zusammen für ein Mißtrauensvotum stimmen. Wenn die Kommunisten deswegen über „Arbeiterverrat" schreien, so kann das den Kenner nur humoristisch stimmen, für die Kommunisten ist es ja immer „Arbeiterverrat", wenn man nicht mit den Deutschnationalen zusammen stimmt." („Vorwärts" Nr. 47, 29. 1. 26.)

Eine „Vertrauensgrundlage" wollte Herr Luther haben. Nun hat er sie, und er wird zugeben müssen: sie ist nicht sehr berühmt. 160 haben ihm das Vertrauen gegeben — **weniger als ein Drittel des Reichstags! 280, eine starke Mehrheit,** haben ihm in verschiedener Weise ihr Vertrauen vorenthalten. Aber da zehn weniger als 160 mit Nein stimmten, ist die verfassungsmäßige Formalität erfüllt, die dem zweiten Luther-Kabinett das Leben ermöglicht."

(„Vorwärts" Nr. 47, 29. 1. 26.)

Deutlicher kann sich der parlamentarische Kretinismus, für den die Massen sich begeistern sollen, wirklich nicht offenbaren.

Die „Rote Fahne" vom 29. Januar aber jammert über „die unglaubliche Tatsache, daß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion diesem reaktionären zweiten Luther-Kabinett beinahe ein ausdrückliches Vertrauensvotum geben wollte und fordert dagegen die Einheitsfront zum Sturz Luthers und der Auflösung der Schwatzbude. Diese Bekämpfung des Reformismus durch die „Einheitsfront" mit den Reformisten ist wirklich die blödeste und gefährlichste Illusionsparole, die dauernd der deutschen Arbeiterklasse durch die „Rote Fahne" als wirkungsvollster Ablenkungsschwindel vorgesetzt wird. Gerade an dem Tage, dem 27. Januar 1926, als die durch Phrasen benebelten Massen für diese gegenrevolutionäre „Einheitsfront" demonstrierten, waren 10 Jahre verflossen, seit der erste der von den Militär- und Zivilbehörden während des Krieges so gehaßten und gefürchteten **„Spartakusbriefe"** erschien. Zu der kleinen Gruppe jener unentwegten, bewußten revolutionären Vorkämpfer, die es damals wagten, sich mutig der allgemeinen Welle des Nationalismus und des Hurrapatriotismus entgegenzuwerfen, gehörten Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, deren Andenken heute tagtäglich von der „Roten Fahne" geschändet wird dadurch, daß sie noch ihre Namen an ihrem Kopf trägt. Karl Liebknecht hat sich über die Einigkeit und die Einheitsfront des Proletariats einmal dahin ausgesprochen, daß er die Einigkeit in der Phrase, die die KPD. heute mit den „Orgesch"-Gewerkschaften und Sozialverrätern schließt, als Irrlicht, Selbsttäuschung oder Betrug bezeichnete, der Einigkeitsphrasennebel hypnotisiere und belügt die Arbeiterklasse über die wahren Absichten der sozialistisch verkleideten Platzhalter der kapitalistischen Ausbeuter. **„Nur aus schonungsloser Kritik kann Klarheit erwachsen; nur aus Klarheit Einigkeit." „Einigkeit mit Verrätern bedeutet Niederlage."**

Das haben die großen Massen der Arbeiter leider bis heute noch nicht begriffen, sonst hätten sie längst die verrosteten unbrauchbaren Waffen der Zunftgewerkschaften und des Parlamentarismus beseitigt. Diese einstigen Waffen der Arbeiterklasse sind heute zu Geißeln in den Händen der Gegenrevolution geworden und spotten aller Versuche der „Revolutionierung" und „Eroberung". **Die Dialektik des wirklichen Lebens wird mit ehernem Tritt alle Illusionen des Proletariats zerstampfen und den Boden vorbereiten für die Erkenntnisse des kompromißlosen Klassenkampfes im Geiste der Allgemeinen Arbeiter-Union und der Kommunistischen Arbeiterpartei.**

Die Arbeitslosigkeit in Oesterreich

Gegenwärtig sind in Oesterreich annähernd 300 000 Arbeitslose vorhanden, d. h. ein Sechstel der gesamten Bevölkerung (6½ Millionen ist ebenso wie in Deutschland dem Elend und Verhungern preisgegeben. Die Sozialdemokratie und die gewerkschaftlichen Spitzen haben deshalb der Regierung eine Denkschrift unterbreitet, die sich mit der allgemeinen Wirtschaftspolitik, der produktiven Erwerbslosenfürsorge, dem Schutzzollsystem der Nachbarstaaten, der Förderung neuer Industrien und dem Bau eines großen Freihafens in Wien beschäftigt. Die Denkschrift befaßt sich auch mit bevölkerungspolitischen Fragen und fordert eine Verlängerung der Schulpflicht um ein volles Jahr, um auf diese Weise den Zustrom der Jugendlichen einzudämmen.

Das Wunderbarste in diesem Programm ist der Vorschlag der Gewährung von Beschäftigungsprämien aus dem Fonds für Arbeitslose an solche Unternehmer, die die Zahl der von ihnen beschäftigten Angestellten und Arbeiter steigern. — Ein kurioser Gedanke zur Rettung der zusammengebrochenen kapitalistischen Wirtschaft.

Gummi — ein neuer Faktor der Weltwirtschaft

Die fortschreitende Motorisierung des Verkehrs hat das Gummi zu einem Faktor der Weltwirtschaft emporgehoben, der der Bedeutung des Benzins um nichts nachsteht. Neben der Autoindustrie (für die Bereifung) haben die sich rapid entwickelnde Elektrizitäts- und Elektroindustrien und die Kautschukwarenindustrie steigenden Bedarf. Wenn das Gummi noch nicht dieselben weltpolitischen Komplikationen ausgelöst hat wie das Erdöl, so liegt das nur daran, daß es — wenn auch mit Schwierigkeiten und nach längerer Dauer des Pflanzens und des Wachstums der Gummibäume und nur in gewissen tropischen Ländern — in der Zukunft gezüchtet und sein Quantum gesteigert werden kann.

Welche Bedeutung dem Gummi in der Weltwirtschaft zukommt, mag aus folgenden kurzen Andeutungen erhellen:

1. Holland und England verdanken die gegenwärtige Aufnahmefähigkeit ihrer Geldmärkte für heimische und vor allem für ausländische Kredite sowie die starke internationale Nachfrage nach Gulden- und Sterlingzahlungsanweisungen in erster Linie der Steigerung der Gummipapiere, denn sie sind fast die einzigen Gummilieferanten, während anderseits die USA. reichlich 70 Prozent der Weltproduktion aufnehmen, aber überhaupt keine Gummiplantagen haben. Der Betrag, der beiden Ländern an Nettoverdiensten aus ihren kolonialen Gummiinvestitionen zufließt, ist für Holland auf etwa 30 bis 40 Millionen Pfund Sterling (350 bis 500 Millionen Gulden oder fast einer Milliarde Mark) und für England auf mindestens 60 Millionen Pfund Sterling pro Jahr anzunehmen. Die englische Zins- und Amortisationszahlungen für die Kriegsschulden an Amerika (etwa 37 Millionen Pfund pro Jahr) können also bequem aus den effektiven Dollareinnahmen der britischen Gummiplantagen bezahlt werden, die etwa dreiviertel des Gesamtverdienstes, d. h. 45 Millionen Pfund pro Jahr, ausmachen. Damit ist der englischen Wirtschaft die große Schuldenlast, die bis vor kurzem Anlaß zu erheblicher Sorge war, abgenommen.

2. Die Goldbewegung zwischen England bzw. Holland und den übrigen Goldwährungsländern wurde in letzter Zeit stark durch Gummitransaktion beeinflußt. —

3. An den Aktienmärkten London und Amsterdam stehen heute Gummipapiere an erster Stelle, und von dem Geldbedarf bzw. dem Geldüberfluß am Markte der Gummiaktien ist die Kursbewegung aller übrigen Werte direkt abhängig.

4. Der Wert der jährlichen Gummiproduktion hat mit etwa 1200 Millionen Dollars fast den Wert der Welterzeugung an Eisen erreicht und hat den der Wolle sogar überholt.

Wenn man für die elf wichtigsten Industriestoffe die Geldwerte der Jahresproduktion von 1925 zusammenzählt, so ergibt sich, daß reichlich 7½ vom Hundert dieser Gesamtziffer auf Gummi entfallen, während die entsprechende Zahl noch im Jahre 1924 1½ Prozent und im Jahre 1913 1 vom Tausend kaum überschritt! — Nach alledem ist der Gummimarkt heute in die Reihe derjenigen Welthandelsmärkte zu rechnen, die, wie die Getreide-, Baumwoll-, Kohlen- und Metallmärkte, starken unmittelbaren Einfluß auf die Gestaltung der Weltwirtschaft haben.

Wie das Erdöl Minister und Staatspräsidenten stürzte und verwurzelte, Kriege und Revolutionen auslöste und beendigte, so übt auch das Gummi seine politische Macht aus. Der amerikanische Staatssekretär Hoover hat durch einen großzügigen Feldzug in Parlament, Industriellenvereinigungen und in der Presse das mächtige amerikanische Autokapital auf die Gefahren aufmerksam gemacht, welche der Autoindustrie und der mit ihr verästelt Stahl-, Oel- und andere Industrien, ja der gesamten amerikanischen Wirtschaft daraus drohen, daß Amerika keine eigene Gummierzeugung hat. Hoovers Bemühungen haben dazu geführt, daß das amerikanische Kapital die Anlegung großer Gummiplantagen in die Wege geleitet hat. Der schlaue Staatssekretär bezweckt mit seinem Feldzug aber mehr, als die Versorgung der amerikanischen Industrie mit Gummi. Es wird keine Ueberraschung sein, wenn Hoover bei den nächsten Wahlen als Präsidentschaftskandidat antritt. Die mächtigen hinter ihm stehenden Kapitalsgruppen dürften seine Wahl auch sichern.

Der amerikanische Gummifeldzug, an dem auch der Präsident der USA, Coolidge, selbst hervorragend beteiligt ist (er möchte länger Präsident bleiben), paßt dem englischen Kapital gar nicht. Es gibt nur einige, ganz wenige Gummiplantagen in der Welt, und England hat die Führung. Die Produk-